Nr. 71 — Jahrgang 18 Einzelnummer 0,20 Zl. Sonnabend, den 26. März 1932

Volkswille

zugleich **Volksstimme** für Bielitz

Geschäftsstelle der „Volksstimme“ Bielsko, Republikanska Nr. 41. — Telefon Nr. 1294

Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei in Polen

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0,12 Zloty für die achtgespaltene Zeile, außerhalb 0,15 Zlp. Anzeigen unter Text 0,60 Zlp. von außerhalb 0.80 Zlp. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung.

Abonnement: Vierzehntägig vom 16. bis 31. 3. cr. 1.65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteure

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29). Postscheckkonto P. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. - Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

Verschärfter Konflikt zwischen England und Irland

Ablehnende Haltung zur englischen Note in Dublin — Angriffe auf die Regierung im Unterhaus Massenkundgebungen gegen England — De Valera an das amerikanische Volk

Dublin. Die englische Note an Irland über die Frage des Treueides und der Entschädigungszahlungen, die am Donnerstag in Dublin überreicht worden ist, wurde in einer Sondersitzung des Vollzugsausschusses erörtert. Die Antwort der irischen Regierung ist noch nicht abgefaßt worden. Sie soll jedoch spätestens am Sonnabend gleichzeitig in London und Dublin veröffentlicht werden. Es verlautet, daß die unerhörte Schärfe der englischen Note einen starken Eindruck auf die irischen Kabinettsmitglieder gemacht habe. Diese seien jedoch nach wie vor fest entschlossen, die Abschaffung des Treueides und die Einstellung der Entschädigungszahlungen zur Durchführung zu bringen. Die irische Regierung hat bereits Weisung zur Vorbereitung der entsprechenden Gesetzesvorlagen gegeben.

Amtlich wurde mitgeteilt, daß der irische Landtag sich auf keinen Fall vor dem 20. April zu einer Sondersitzung versammeln werde, auch sei die Entsendung eines irischen Regierungsmitgliedes nach London zwecks Verhandlungen vorgesehen.

*

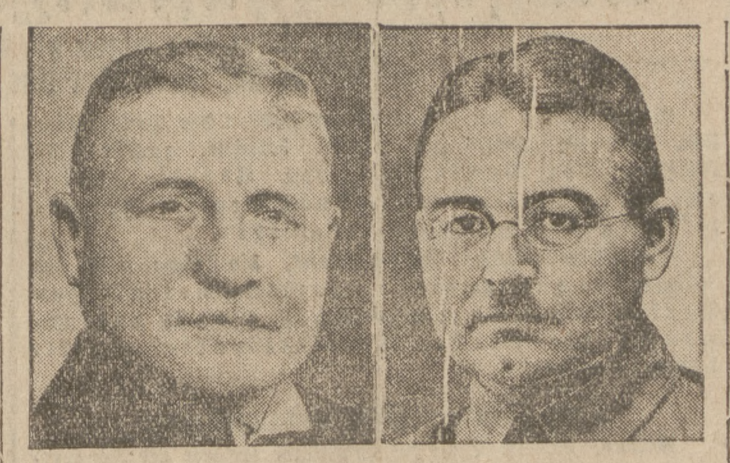
London. Im Unterhaus warfen mehrere Abgeordnete der Regierung überstürztes und oberflächliches Handeln in der irischen Frage vor. Irland sei eine freie Nation und habe das Recht, Verträge abzuschließen und Verträge zu brechen. Im Parlament werde überhaupt keine Gelegenheit zur Meinungsäußerung gegeben. Der Regierungsvertreter erklärte, einer eingehenden Parlamentsaussprache stehe nach Ostern nichts im Wege. Anschließend vertagte sich das Haus bis zum 5. April.

Massenkundgebungen in Irland

Dublin. Am Ostersonntag werden in sämtlichen irischen Städten republikanische Massenkundgebungen stattfinden, in denen zur Frage der Abschaffung des Treueides und der Einstellung der Zahlungen an England Stellung genommen werden soll.

De Valera an das amerikanische Volk

London. In einer Botschaft an das amerikanische Volk verkündet de Valera seinen unerschütterlichen Willen zur Abschaffung des Treueides, der eine unerträgliche Last für das irische Volk sei. In den Vertragsbeziehungen zwischen zwei Staaten gebe es heuzutage keinen ähnlichen Fall, daß die eine der Vertragsparteien der anderen eine Gewissensprobe auferlege. Solange der Treueid bestehe, könne das irische Parlament nicht als Vertretung des ganzen Volkes angesehen werden. Er sei das Haupthindernis für das Zustandekommen guter Beziehungen zwischen England und Irland.



Konflikt zwischen dem Reich und Braunschweig?

Links: Reichsinnenminister Gröner. — Rechts: Der braunschweigische Innenminister Klagges. — Entgegen dem Burgfriedenserlaß der Reichsregierung soll in Braunschweig zu Ostern eine Kundgebung der nationalsozialistischen Jugend stattfinden, bei der auch Hitler sprechen wird. Von nationalsozialistischer Seite wird die Tagung als geschlossene Veranstaltung bezeichnet, während andere Parteien darin einen Bruch des Burgfriedens sehen und von der Reichsregierung ein Verbot der Veranstaltung fordern.

Rebell oder Staatsmann?

De Valera auf dem Scheidewege!

Die englische Presse bringt besorgniserregende Nachrichten, daß der neue Präsident Irlands ohne Rücksicht auf frühere Abkommen, mit der englischen Krone das Tischtuch in zwei Hälften teilen will, daß er seinen republikanischen Wahlerfolg zu einer völligen Trennung zwischen England und Irland ausnutzen will. Es ist kurz vor Ostern und nur wenige werden sich erinnern, daß 1916 die gleiche grüne Insel „Irland“ im blutigen Aufstand gegen die englische Herrschaft ihre Unabhängigkeit erklären wollte. Sechs Jahre später hat dann Lloyd George den vielbewunderten Schritt vollzogen und Irland als unabhängigen Staat im Rahmen der englischen Weltherrschaft gesichert, allerdings gegen den Willen des heutigen Präsidenten de Valera, der noch Jahre hindurch eine selbständige irische republikanische Armee unterhielt und in wiederholten Aufständen den Verständigungspolitikern Cosgrave und Griffith vom Einfluß zu beseitigen. Schließlich wurde de Valera doch noch zum Tode verurteilt, ein geschickt durchgeführter Gefängnisüberfall brachte ihn in Freiheit und letzten Endes zur Aufgabe der dauernden Rebellion auf den Weg zum Parlamentarismus. Aber trotz schöner Wahlerfolge ging er nicht ins irische Parlament, sondern die Politik wurde doch noch mit Revolver, Ueberfall, Brückensprengung bestritten. Inzwischen aber ist aus den Ruinen des Bürgerkrieges gegen die englische Fremdherrschaft in Irland doch Erfolg auf Erfolg Cosgraves zu verzeichnen gewesen, der Aufbau war unleugbar und de Valera wurde schließlich gezwungen 1927 den Treueid der englischen Krone zu leisten, wenn er sich als Kandidat ins Parlament aufstellen ließ. Cosgrave, der Verständigungspolitiker, siegte scheinbar über den Rebellen de Valera. Nach zehn Jahren stürzte auch Cosgrave über die Wirtschaftskrise und de Valera wurde Präsident des irischen Freistaates.

An sich ist die vollzogene Tatsache durch die Wahlen ohne Bedeutung. Denn eine geringe Mehrheit im Parlament ist durch eine noch kleinere republikanische Partei aus dem Sattel gehoben worden, de Valera hat nicht einmal selbst eine Mehrheit im irischen Parlament, sondern ist auf die sieben Stimmen der Arbeiterpartei angewiesen, die de Valera nur dann unterstützen wird, wenn er ihre sozialpolitischen Forderungen erfüllen wird, unter anderem auch die Einführung der Arbeitslosenversicherung, nach englischem Muster, was Cosgrave ablehnte, weil angeblich die finanziellen Quellen Irlands diese Lasten nicht tragen können. Nun ist es mehr als sicher, daß die Arbeiterpartei die endgültige Ausscheidungspolitik de Valeras aus dem britischen Weltreichskonzern nicht mitmachen wird. Aber der Rebell zum Staatsmann berufen, hat sofort seine früheren Programmpunkte offenbart, er will nicht nur den Treueid der englischen Krone gegenüber abschaffen, sondern auch die finanziellen Jahresabgaben aus dem irisch-englischen Abkommen, die gegen 300 Millionen Pfund Sterling betragen, nicht mehr an England abführen. Zunächst hat man diese Ankündigungen in London mit Ruhe und Gelassenheit entgegengenommen, die Sache wurde aber doch ernst, als de Valera als erste Amtshandlung alle irischen Freiheitskämpfer aus den Gefängnissen auf freien Fuß setzte. Das irische Parlament hat durch Beschluß den Treueid abgeschafft und es unterliegt keinem Zweifel, daß de Valera entschlossen ist, auch einen Schritt weiter zu gehen und die Jahreszahlungen einzustellen.

Der englische Dominienminister Thomas hat nun im Unterhaus auf diese neuen Maßnahmen Irlands mit Ruhe, aber auch großer Besorgnis eine Erklärung abgegeben, daß England auf Erfüllung des Vertrages besteht, der vor etwa zehn Jahren abgeschlossen wurde, daß es sich einen Bruch von einer Seite nicht gefallen lassen werde. Ist dies eine Ankündigung zu einem neuen Feldzug gegen Irland, um die Mehrheit de Valeras aus dem Parlament zu verjagen und die Verständigungspolitiker wieder ans Ruder zu setzen? Der Boden Irlands ist mit dem Blut der Freiheitskämpfer, aber auch mit dem Blut Tausender und Abertausender von Engländern gedüngt. Es ist schrecklich daran zu denken, daß jene Periode wieder beginnen soll, in welcher nicht die Vernunft, sondern die Waffe entscheidet. Bei dem Temperament, aber auch bei der eisigen Auffassung und mannhaften Persönlichkeit, ist alles möglich, der Rebell scheint vor dem Staatsmann noch nicht gewichen zu sein und de Valera, das ist ein Programm, der Mann, vor dem selbst seine besten

Gegen die französische Anleihenpolitik

Die Kammer gegen Tardieu — Vorstoß der Sozialisten — Protest gegen eine weitere polnische Anleihe

Paris. Im Auswärtigen Ausschuß der Kammer erstattete am Mittwoch abend der Unterausschuß Bericht über das Ergebnis der Untersuchung, die eingeleitet worden war, um die näheren Umstände festzustellen, unter denen die französische Regierung an gewisse ausländische Regierungen größere Anleihen gewährt hatte. Nach Kenntnisnahme dieses Berichts und nach einem ausführlichen Meinungsaustausch wurde eine Entschließung angenommen, die nichts weiter, als eine Verurteilung der bisherigen Anleihepolitik der Regierung darstellt. In dieser Entschließung heißt es u. a., daß der Ausschuß die Unzuträglichkeit festgestellt habe, die sich bei der Gewährung von Anleihen ohne vorherige Rücksprache mit den Auswärtigen Ausschüssen der beiden Häuser ergeben hätte. Es wird der Wunsch ausgesprochen, daß die französische Regierung in Zukunft mit den durch das parlamentarische Regime geschaffenen Kontrollorganen zusammenarbeite.

Die Sozialisten kritisierten die Stellungnahme der Regierung und im „Populaire“ greift Leon Blum besonders die polnischen Bemühungen nach einer neuen Anleihe an, die vom Vizeminister Beck, der in Paris weilt, gewünscht wird. Leon Blum fordere eine Einheitsfront aller Republikaner gegen eine polnische Anleihe.

Vizeminister Beck bei Tardieu

Paris. Der zur Zeit in Paris weilende polnische Vizeminister Beck hat sich in Begleitung des Außenministers Zaleski und des polnischen Botschafters Chlapowski zu Tardieu begeben, um mit dem französischen Ministerpräsidenten eine längere Unterredung zu führen. Ferner empfing Tardieu den französischen Botschafter in Prag, Roux, den tschechoslowakischen Gesandten in Paris, Osusky, den Finanzminister Flandin und den Handelsminister Rollin. Bei diesen Unterredungen handelte es sich um die bereits angekündigte Fortsetzung der Verhandlungen über die wirtschaftliche Donauföderation.

Polnische Torpedoboote im Danziger Hafen

Danzig. Am Mittwoch nachmittag liefen die beiden polnischen Torpedoboote „Podhalanin“ und „Krakowiak“ wieder in den Danziger Hafen ein und machten diesmal mitten in der Stadt, und zwar am Kai in der Nähe der städtischen Gasanstalt fest.

Das Aussuchen dieses Anlegeplatzes inmitten einer belebten Danziger Gegend ist als eine Demonstration aufzufassen. Polnische Matrosen der Torpedoboote exerzierten an Land, während an Bord unter den Augen der Danziger Bevölkerung an den Geschützen Uebungen gemacht wurden.

Um die Zusammenkunft Tardieu—Macdonald

Paris. Die aus englischer Quelle stammende Nachricht von einer bevorstehenden Zusammenkunft zwischen Tardieu und Macdonald wird von amtlicher französischer Seite weder bestätigt, noch dementiert. Man betont im Augenblick lediglich, daß die Frage noch nicht spruchreif sei.

Freunde einige Stühle zurückrücken, wenn er seinen Platz im Parlament einnahm. Diese Politik des rohen Diktats gegenüber England, muß in dieser überaus kritischen Periode, Irland zur Katastrophe führen, so sehr man auch den Unabhängigkeitsgedanken der bisher unterdrückten irischen Nation begreift. Irland, das darf keinen Augenblick vergessen werden, ist aber wirtschaftlich völlig auf seine Ausfuhr nach England und zwar über 90 Prozent angewiesen. England ist darum jederzeit in der Lage, Irland zur Ordnung zu rufen, niemand glaubt im Augenblick, daß sich London zu irgendwelchen unvorsichtigen Schritten wird hinreißen lassen.

De Valeras Vertreter in London aber gibt einfach die Abschaffung des Treueides bekannt, ohne sich an den früheren Vertrag zu beziehen, erklärt die Einstellung der Jahreszahlungen und sagt mit aller Klarheit, daß Irland nicht nur Freistaat, sondern ein, auch von England völlig, losgelöster, unabhängiger Staat, werden soll. Ein Auflösungsprozeß des britischen Imperiums dürfte mit diesem Akt beginnen. Und wir wissen, daß an und für sich die Dominien eine größere Freiheit anstreben, was auf der Weltreichskonferenz in Ottawa zum Ausdruck kommen soll, die in den nächsten Monaten tagen wird. Scheidet Irland aus, und die Absicht liegt vor, so findet London selbst eine ganz andere Situation, mußte es doch selbst auf die Weltvorherrschaft verzichten und diese Position an Amerika abtreten. Damals war aber eine Arbeiterregierung am Ruder, die in Erkenntnis der gewandelten Tatsachen, nach dem Kriege, die logischen Konsequenzen zog. Jetzt sind wieder die Konservativen am Ruder, und die wenigen liberalen und sogenannten arbeiterfreundlichen Minister, haben nicht den Einfluß, um die englischen Imperialisten vor einer Abrechnung mit de Valera abzuhalten, denen der ganze Vertrag Lloyd Georges mit den irischen Verständigungspolitikern, ein Dorn im Auge war. Wenn in diesen Tagen der Liberale, Herbert Samuel, vor einer Regierungskrise in England warnt, so nicht zuletzt durch die Vorgänge, die sich auf der grünen Insel abspielen.

Es ist kaum anzunehmen, daß man in London solange warten wird, bis sich das forsche Vorgehen de Valeras die Hörner abgelaufen hat und eventuelle Neuwahlen die irische Freistaatspartei, also wieder Cosgrave, ans Ruder bringt. Wer weiß, an der Machtquelle sitzend, ob de Valera seinen Sitz aufgeben wird. Das bedeutet eine neue Welle von Aufständischen, den Bruderkrieg in Irland selbst. Würde England hier nachgeben, wenn es nicht vorzieht, zunächst Irland wirtschaftlich niederzuzwingen, so liegt auch die Gefahr nahe, daß de Valera auch nach Ulster, dem evangelischen Industrieteil Englands, die Hand ausstreckt, welches noch nicht in den irischen Freistaat einbezogen ist und dennoch einen Teil, den Norden der grünen Insel, bildet. De Valera oder England auf dem Scheidewege, das ist die Frage, die es zu beantworten gilt. Sie ist nur dann noch durch eine Verständigung zu erreichen, wenn der Staatsmann de Valera den Rebellen de Valera fallen läßt. Ob der Mann, der heute von des Wählers Gnaden und zwar einer sehr knappen Mehrheit, sich auf das irische Volk berufen darf, um seine kühnen Pläne durchzuführen, muß bezweifelt werden. Jedenfalls ist, seit den irischen Wahlen, die Welt um einen Konfliktstoff reicher, den kein Völkerbund zu lösen vermag, wenn auch Irland selbst als Freistaat, eine selbständige Vertretung im Völkerbund besitzt. Rebell oder Staatsmann, eines kann de Valera nur sein. Nehmen wir an, daß er besserer Einsicht zugänglich sein wird, wie einst, als er es als Rebell ablehnte, den Treueid zu schwören, weil er aber Politik treiben wollte, diese Konsequenzen zog und mit dem Treueid ins englische Parlament einzog. Vielleicht wird jetzt die Entscheidung bei dem kleinen Häuflein der irischen Arbeiterpartei liegen, die sich gegen de Valera für Cosgrave entscheiden kann. Jedenfalls stehen England sehr sorgenvolle Aufgaben bevor, wird Macdonald sich auch diesmal als der große Führer der Nation erweisen, der doch noch eine Verständigung herbeiführt? Es kann bezweifelt werden. Gewiß wäre ihm dies mit oder in einem Arbeiterkabinett gelungen, aber in einem konservativen Kabinett, auch mit dem Titel einer Nationalregierung, scheint eine Lösung ausgeschlossen.

—ll.

Verbot der Lappobewegung

Helsingfors. Das finnische Innenministerium hat am Donnerstag abend die weitere Tätigkeit der Lappobewegung verboten. Die Maßnahme wird begründet mit gesetzwidrigen Handlungen.



Zu der aufsehenerregenden Reise des Berliner Botschafters der U. S. A. nach Paris

Die Ankunft Sacketts in Paris. Von links nach rechts: Botschafter Sackett, Frau Sackett und der Pariser Botschafter der U. S. A. Edge. — Die Reise des Berliner Botschafters der Vereinigten Staaten, Sackett, nach Paris, ist von allen politischen Kreisen mit der größten Aufmerksamkeit verfolgt worden. Trotz der offiziellen Dementis glaubt man, daß das Zusammentreffen des Berliner und des Pariser Botschafters der U. S. A. den Zweck verfolge, einen neuen Vorstoß zur Lösung der Reparationsfrage zu unternehmen.



Schärfste Zuspitzung des Memellandkonfliktes

Das Gebäude des Landtages in Memel, der auf Anordnung des Gouverneurs aufgelöst wurde. Oben rechts: Rektor Simmat, der Präsident des Landesdirektoriums. — Da das memelländische Parlament den litauischen Drohungen nicht nachgab und dem von Litauen eingesetzten Landesdirektorium das Mißtrauen aussprach, ist der Landtag jetzt aufgelöst worden. Durch die Neuwahlen hoffen die litauischen Gewalthaber anscheinend eine gefügige Mehrheit im Parlament zu erlangen.

Massenverhaftungen im Memelland

Scharfes Vorgehen gegen die Arbeiterpartei — Der Kriegszustand aufgehoben, aber das Republikgesetz verschärft

Berlin. In den frühen Morgenstunden des Donnerstags sind, wie die „DAZ“ aus Memel berichtet, zahlreiche Führer der Memelländischen Arbeiterpartei aus ihren Betten heraus durch Beamte der politischen Polizei verhaftet worden.

Die Memelländische Arbeiterpartei, die etwa mit der früheren unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu vergleichen ist, geht in autonomen Fragen mit den Mehrheitsparteien vollkommen einig.

Litauisches Scheinmanöver

Kowno. Der litauische Innenminister erklärte am Donnerstag in einer Presseunterredung, daß der Kriegszustand in ganz Litauen und auch im Memelgebiet demnächst aufgehoben werden würde. An die Stelle des Kriegszustandes wird aber ein „Gesetz zum Schutze der Republik“ gesetzt werden. Die Wahlen im Memellande sollen nicht mehr unter dem Kriegszustande stattfinden.

Zu der Frage des neuen Wahlgesetzes erklärte der Innenminister ferner, daß die Frage noch nicht spruchreif sei. Es wird dazu bekannt, daß das Gesetz außerordentliche Schwierigkeiten macht und wiederholt grundlegend umgestoßen wurde. Bekanntlich soll das Gesetz alle politischen Parteien ausschalten und mit gewissen öffentlichen Instituten, wie Handels-, Landwirtschafts- und Handwerkskammern usw. die Berechtigung zur Aufstellung von Kandidaten geben.

*

Soweit bisher bekannt wird, enthält das neue „Gesetz zum Schutz der Republik“ so scharfe Bestimmungen, daß nur dem Namen nach eine Abänderung des Kriegszustandes erfolgt. In Wirklichkeit gibt das Gesetz Möglichkeiten zu einer Knebelung, wie sie die Kriegszustandbestimmungen in so scharfer Form bei weitem nicht aufweisen. Es würde sich also danach lediglich um eine Umgehung des Versprechens handeln, das der litauische Außenminister Zaunius in Genf den Unterzeichnermächten abgegeben hat.

Neue Vermittelungskonferenzen in Schanghai

Schanghai. Trotz der Spannung zwischen den japanischen und chinesischen Vertretern gelang es den ausländischen diplomatischen Vertretern, am Donnerstag zwei Vermittelungskonferenzen zustande zu bringen. Die Besprechungen fanden im englischen Konsulat unter dem Vorsitz des englischen Gesandten Sir Miles Lampson und in Anwesenheit des amerikanischen Gesandten sowie französischer und italienischer Konsularbeamten statt. Auf japanischer Seite war u. a. der japanische Gesandte Schigemitsu und General Uyeda vertreten. Während von der chinesischen Regierung der chinesische Außenminister und der Oberbefehlshaber der 19. Division, General Huangtschang, als Bevollmächtigte entsandt waren. Die Konferenzen dauerten mehrere Stunden lang. Eine endgültige Einigung wurde noch nicht erzielt. In einer Verlautbarung heißt es, daß eine gegenseitige Fühlungnahme stattgefunden habe. Eingehendere Mitteilungen könnten jedoch noch nicht gemacht werden. Während sich der englische Gesandte optimistisch über die Aussichten einer endgültigen Regelung aussprach, drückten die chinesischen Vertreter ihre allgemeine Unzufriedenheit über den Verlauf der Besprechungen aus.

Kanton gegen die Friedens-Verhandlungen mit Japan

Schanghai. Die Kantoner Regierung hat offiziell gegen die Stellungnahme der chinesischen Abordnung bei den Waffenstillstandsverhandlungen in Schanghai Einspruch erhoben. Die Kantoner Regierung verlangt die Einbeziehung der Mandschureifrage in die kommenden Verhandlungen.

Im Gebäude des britischen Generalkonsulats fand am Donnerstag eine kurze formelle Sitzung über die chinesisch-japanischen Waffenstillstandsverhandlungen statt, in der lediglich offizielle Erklärungem ausgetauscht wurden.

Oesterreich kann keine politischen Bindungen eingehen

Wien. Auf einer Tagung des Landesbauernrates von Niederösterreich sprach Bundeskanzler Dr. Buresch u. a. über die Handelspolitik der österreichischen Regierung. Er führte dabei aus, daß schon in nächster Zeit die Vertreter der Großmächte zusammentreten werden,

um die Grundlagen für eine handelspolitische Neuerung in Mitteleuropa zu beraten und einheitliche Linien auf diesem Gebiete zu erzielen.

Das sei das erste wichtige Ergebnis des österreichischen Schrittes. Wenn wirklich ein besseres Verhältnis herbeigeführt werden solle, dann könne es sich nicht darum handeln, eine Klärung des Verhältnisses zwischen den kleinen Staaten im Donauraum allein herbeizuführen, sondern dann müsse

als wichtigste Voraussetzung hierfür die Mitarbeit der Großmächte gesichert sein.

In früheren Monaten sei viel von Unionen und Konföderationen gesprochen und geschrieben worden. Jetzt sei es etwas ruhiger geworden. Trotzdem möchte er nicht versäumen, zu erklären, daß die österreichische Regierung auf dem Standpunkt stehe, daß sie in der Zeit der schweren Wirtschaftsnot und

der Zeit der völlig ungeklärten wirtschaftlichen Lage in ganz Mitteleuropa keinerlei politische Bindungen eingehen könne und werde.

Gerade jetzt seien erfolgverheißende Anstalten dafür vorhanden, daß es zu einer Klärung der unhaltbaren Lage in Mitteleuropa komme. Die Lage sei zum Reißen gespannt, nicht nur bei uns, sondern auch bei anderen Staaten im mitteleuropäischen Raum.

England für engste Zusammenarbeit mit Frankreich

London. Der Unterausschuß des Kabinetts, der sich mit den Reparationen und Kriegsschulden zu befassen hat, hielt eine Sitzung ab, bei der festgestellt wurde, daß die Arbeiten des Ausschusses gute Fortschritte gemacht hätten, und daß völlige Einigkeit über die von England auf der Lausanner Konferenz zu verfolgende Politik bestehe. Den Ministern erscheine die engste Zusammenarbeit zwischen England und Frankreich wünschenswert. Sie sind sich, wie „News Chronicle“ meldet, darüber einig, daß eine Zusammenkunft zwischen Macdonald und Tardieu beiden Seiten zur Befriedigung gereichen werde. Eine derartige Zusammenkunft sei im Hinblick auf die Lausanner Konferenz und auf die von dem amerikanischen Botschafter Edge in Paris abgegebene Erklärung, er halte eine Zusammenkunft von Vertretern Englands und Frankreichs und eine Einigung zwischen den hauptsächlich interessierten europäischen Staaten für wünschenswert, wahrscheinlich. Als Ort für eine etwaige Zusammenkunft zwischen Macdonald und Tardieu wird Paris oder London erwähnt.



Norwegens neuer Ministerpräsident

Jens Hundseid, bisher der parlamentarische Führer der Agrarpartei, hat nach dem Tode des bisherigen Ministerpräsidenten Kolstad die Ministerpräsidentschaft und zugleich auch das Ministerium für Ackerbau übernommen.

Die kapitalistische Front gegen die Arbeitergewerkschaften

An Stelle der Gewerkschaften sollen die Belegschaften treten — Später wird man individuelle Verhandlungen einführen — Das Demobilmachungsgesetz sticht die Kapitalisten in die Augen Folgen der lauen Haltung der Arbeitergewerkschaften

Eine Ueberraschung jagt die andere, aber wir können nicht sagen, daß weitere Ueberraschungen nicht folgen werden. Nichts wird den Arbeitern erspart. Nach dem Lohnabbau, der Arbeiterreduzierung, Stillegung von Betrieben, kommt die Ablehnung der Gewerkschaften, als gleichbedeutenden Faktor in der Arbeiterbewegung. Das ist eine „Erfindung“ des Herrn Direktors Szymanski, von der Charlottengrube, der mit den Gewerkschaften nicht verhandeln wollte, sondern den Lohnabbau mit der Belegschaft durchführte. 6 Prozent hat er den Arbeitern vom Lohne genommen, da er sonst die Grube stillegen müßte. Der Demobilmachungskommissar hat den

Vertragsbruch nicht beanstandet

und es hat sich auch sonst niemand gefunden, der den Direktor Szymanski belehrt hätte, daß ein Lohntarif, der für die gesamte Kohlenindustrie abgeschlossen und von der Regierung bestätigt wurde,

eben ein gesetzlicher Vertrag ist,

der von allen geachtet werden muß. Nachdem Herr Szymanski gezeigt hat, wie man es machen kann, haben viele andere Industriewerke dasselbe versucht und zum Teil auch durchgesetzt.

Jetzt rückt mit neuen Vorschlägen die Verwaltung der Baildonhütte aus, die die Akkordsätze abbauen will. Sie will auch nur mit der Belegschaft verhandeln, bezw. der Belegschaft den Lohnabbau diktieren, denn sie wird zu neuen Lohnbedingungen, die bereits gekündigten Arbeiter, am 1. April von neuem anlegen. Von den Arbeitergewerkschaften will die Verwaltung natürlich nichts wissen.

Bis dahin waren es einzelne Industrieverwaltungen, die die Gewerkschaften in Lohnfragen ausschalten wollten. Jetzt meldet sich der Arbeitgeberverband für die Eisenindustrie und erklärt offen,

daß er mit den Arbeitergewerkschaften keine Lohnverträge

abschließen wird. Die Lohnfrage will der Arbeitgeberverband den einzelnen Verwaltungen überlassen, die mit ihren Belegschaften verhandeln werden. Wie sie mit den Belegschaften verhandeln werden, hat die Verwaltung der Baildonhütte gezeigt.

Die Hütten werden ganz einfach allen Belegschaften kündigen, neue Lohnsätze aufstellen und am kommenden Ersten, die Arbeiter zu den neuen Lohnbedingungen anstellen.

Das schwebt den Kapitalisten vor und deshalb wollen sie die Gewerkschaften ausschalten.

Der Arbeitsinspektor Seroka, hat das Diktat der Verwaltung der Baildonhütte als

ungesetzlich bezeichnet.

Der Demobilmachungskommissar war in dieser Zeit abwesend, doch kann angenommen werden, daß auch der Demobilmachungskommissar die Anschauung des Arbeitsinspektors teilt. Anders läßt sich auch die Sache nicht auslegen und so lange das Demobilmachungsgesetz in Kraft bleibt, werden die Kapitalisten mit den Arbeitergewerkschaften verhandeln müssen. Am 16. Januar haben die Grubenverwaltungen allen Belegschaften gekündigt und einen Lohnabzug von 25 Prozent ab 1. Februar in Aussicht gestellt. Sie wollten auch die Arbeitergewerkschaften ausschalten, konnten aber ihr Ziel nicht erreichen. Sie haben sich bequemen müssen, zum Verhandlungstisch zu gehen und mit den Arbeitergewerkschaften verhandeln. Ein anderer Lauf der Dinge ist garnicht möglich und

die Hüttenbesitzer werden schon denselben Weg gehen müssen,

den ihre Kollegen in der Kohlenindustrie gegangen sind.

Nichtdestoweniger soll über die Vorschläge der Kapitalisten, die auf die Ausschaltung der Arbeitergewerkschaften hinauszielen, nicht zur Tagesordnung übergegangen werden. Die Sache ist für die Arbeiterschaft von

allergrößter Bedeutung,

denn es kann einmal die Zeit kommen, daß sie mit ihrer Forderung durchdrängen. Der Genfer Vertrag bleibt bis 1937 in Kraft und bis dahin kann das Demobilmachungsgesetz nicht aufgehoben werden. Werden die Arbeiter bis dahin ihre Gewerkschaften nicht entsprechend ausbauen,

dann ist um ihre Arbeiterrechte geschehen.

Das Demobilmachungsgesetz hat in Polen wenig Freunde und soviel man aus den bisherigen Aeußerungen der Regierungsvertreter ersehen konnte, ist man in Warschau auf dieses Gesetz nicht gut zu sprechen. Die Arbeiter müssen daher vorbauen, damit sie für alle Eventualitäten gerüstet sind. Vor allem muß ein Teil der völlig überflüssigen Gewerkschaften verschwinden. Solche Musiol-Gewerkschaft, dann die zweite unter Führung Rubin, die die Sanacja dem Herrn Grajek abgetreten hat, damit er mit ihrer Hilfe die Streikpläne durchkreuzen kann, sind doch völlig überflüssig und haben keine Existenzberechtigung. Mag sie schon Herr Grajek in seine Berufsvereinigung aufnehmen, wenn sie ihm so ans Herz gewachsen sind. Sie sind sich einander wert. Die Sache ist zweifellos sehr ernst, da es sich hier um

grundsätzliche Arbeiterrechte

handelt, die Gegenstand der kapitalistischen Angriffe sind.

Gegen die kommissarische Sanacjawirtschaft

Das schlesische Budget in dritter Lesung angenommen — Wann wird Rybarz abberufen? Ferienstimmung im Sejm

Schien es nur, als wenn die Donnerstagsitzung nur rein formale Fragen, bezüglich der dritten Lesung des Budgets, erledigen wird, so brachte die Sitzung doch eine Ueberraschung, indem man sich wieder gegen die ungesetzliche Kommissarswirtschaft in einzelnen Kommunen der Wojewodschaft Schlesien wendet. Der Abg. Bronzel verwies auf die Gemeinde Hohenlinde, wo der ehemalige Abg. Rybarz, entgegen der Mehrheit der Kommune, als Kommissar wirkt, und obgleich auch der Sejm bereits sich dagegen aussprach, der Wojewode noch immer der Meinung ist, daß solche kommissarische Verwaltungen, im Rahmen der Gesetze, möglich sind. Die Verteidigung durch die Sanatoren war sehr schwach, aber sie gab andererseits dem Genossen Dr. Glücksmann Gelegenheit, sich wieder einmal mit den gesetzwidrigen Zuständen zu beschäftigen und zu beweisen, daß sich die Sanacjakommissare in nichts von den Sowjetkommissaren unterscheiden, indem ihnen von den Aufsichtsinstanzen immer das Vertrauen ausgestellt wird.

Die Sejmsitzung wurde mit einiger Verspätung eröffnet, als erster Punkt wurde

das Budget in dritter Lesung angenommen,

sowie die anschließenden Resolutionen, die die Budgetkommission zu verschiedenen Fragen gefaßt hat.

Ueber die

Mißwirtschaft in der Gemeinde Hohenlinde,

jetzt Lagiewnik, hat der Korfantyklub eine Interpellation eingebracht, die der Wojewode abschlägig beantwortete, worauf, seitens des Korfantyklubs, gefordert wurde, diese Antwort nicht zur Kenntnis zu nehmen, was **einem Mißtrauen gegenüber dem Wojewoden, gleichbedeutend** ist. Die Ablehnung begründete der Abg. Bronzel, der zunächst darauf verwies, daß die Landgemeindeordnung von Preußen in 47 Jahren gehandhabt wurde, aber zu Ungesetzlichkeiten kam es nicht ein einziges Mal, während unter polnischer Herrschaft die

Kommissarwirtschaft zur Tageserscheinung

wird. In Lagiewnik amtiere ein Herr Rybarz, der vom Starosten Szalinski gehalten wird, obgleich sogar die Gemeindevertretung ihm das Gehalt sperrte und seine Abberufung forderte. Auch die Gemeindevertretung hat man jetzt kommissarisch ernannt, und es herrsche eine Mißwirtschaft, die geradezu gesetzlos ist, sie wird aber auch von den Wojewodschaftsbehörden geduldet. Das ist kein Wunder, wenn man weiß, daß dies auch von dem früheren Starosten Bochenski im Tarnowitzer Kreis geduldet wurde, bis er abberufen werden mußte, weil die Zustände einfach unhaltbar wurden. Der

Wojewode deckt diese Mißwirtschaft

durch seine Antwort auf die Interpellation, und aus diesem Grunde ersucht Abg. Bronzel, die Antwort des Wojewoden abzulehnen.

Abg. Plonka von den Sanatoren versucht, die Angriffe des Abg. Bronzel zu entkräften, stellt den früheren Gemeindevorsteher Markieton als den Schuldigen hin und ergeht sich in persönlichen Angriffen gegen den Abg. Bronzel.

Abg. Genosse Dr. Glücksmann stellt daraufhin fest, daß es hier nicht darum geht, ob der Kommissar Rybarz oder Markieton heißt, sondern darum, ob die Selbstverwaltung aufrechterhalten werden soll oder die Kommissarwirtschaft, die gerade bei den Krankenkassen erwiesen habe, daß sie nicht gut, sondern, im Gegenteil, außergewöhnlich kostspielig verwalte. Man kann den Argumenten des Abg. Plonka nicht folgen, wenn er auf Beweise des Abg. Bronzel nach dem Staatsanwalt ruft. Man muß schon von einem Abgeordneten erwarten, daß er die Wahrheit spricht, doch ist es möglich, daß dies bei den Sanacjaabgeordneten nicht den Tatsachen entspricht, und darum wird auch die Haltung Plonkas verständlich. Der Sanacjaklub hat ja keine andere Aufgabe, als einfach zu den Dekreten „Ja“ zu sagen und wenn er die Kommissare lobt, so muß man in einer Hinsicht

Vergleiche zwischen Sowjetrußland und dem heutigen System in Polen

anstellen, beide loben die Kommissare, obgleich die Bevölkerung darüber anderer Meinung ist. Das, was hier Plonka sagt, daß der

Sejm kein Recht hat, die Verfügungen des Wojewoden zu kritisieren,

beweise wieder einmal, daß man sich zu einer neuen Operation der Autonomie bequemt, an die man in diesem Hause schon gewohnt ist. Nicht, ob Rybarz oder Markieton, sondern um Aufrechterhaltung des Rechtszustandes geht es hier und darum werden die Sozialisten für den Antrag des Korfantyklubs stimmen.

Nachdem noch der Abg. Bronzel Plonka antwortet, wird die

Antwort des Wojewoden abgelehnt.

Das Haus nimmt dann einen Antrag, auf Gewährung der gleichen Familienzuschläge, in den Gehaltsbezügen, auch für Adoptivkinder, in zweiter und dritter Lesung an, sowie das Projekt auf Verstaatlichung der Kommunalgymnasien, in Siemianowitz und Scharley, wobei sich die Wojewodschaft vorbehält, spätere Maßnahmen zu treffen, die eine andere Regelung der Kommunalgymnasien voraussehen.

Damit war der offizielle Teil der Tagesordnung erledigt. Der **Sozialistische Klub** brachte einen Antrag ein, daß der Wojewode aufgefordert werde, auf die Abteilung für öffentliche Arbeiten dahin zu wirken, daß

bei der Beschäftigung von Arbeitern in eigener Hand, diese auch in der Arbeitslosenversicherung versichert werden

oder daß man einen Fonds schafft, aus denen eine spätere Unterstützung in Fällen der Arbeitslosigkeit möglich ist. Der Antrag findet Annahme und wird der entsprechenden Kommission überwiesen.

Ein weiterer Dringlichkeitsantrag fordert vom Wojewodschaftsrat ein Projekt, auf Aufhebung der früheren österreichischen Bestimmungen, die es den Gemeinden im Teschener Bezirk der Wojewodschaft ermöglichen, heute Schulgelder, bezw. Beiträge für Volksschulen, einzuziehen oder zu bestimmen. Die Dringlichkeit wird vom Abg. Gen. Machej begründet und der Antrag der Rechtskommission überwiesen.

Hierauf wünscht der Sejmmarschall den Abgeordneten ein fröhliches Osterfest, worauf gegen 1 Uhr die Sitzung geschlossen wird.

Polnisch-Schlesien

Kein Kurswechsel bei den deutschen Katholiken?

Unsere Annahme, daß die Erkenntnis der „Kurierweisen“, bei der Orientierung über die Wege der deutschen Minderheit, zur Zusammenarbeit auch mit den polnischen Katholiken, nicht ganz ehrlich gemeint ist, sondern nur einem impulsiven Zorn gegen die Christen evangelischer Konfession entsprungen ist, hat sich bestätigt. Der „Oberschlesische Kurier“ stellt auf unsere Behauptung in unserem Leitartikel fest, daß ein Kurswechsel innerhalb der deutschen Katholiken nicht stattgefunden hat und auch nicht stattfinden wird, solange die Grundsätze der deutschen Katholiken von der Gegenpartei nicht angenommen sind, die sich da auf „Ehrlichkeit“, „guten, festen Willen“ und so weiter beziehen. Bis es soweit in der Politik sein wird, wird es wohl kaum noch einen deutschen Katholiken in Oberschlesien, so klar und deutlich, wie es die evangelischen Christen sind, geben. Denn gerade die Umgebung der „Kurierweisen“ hat ja bereits bei den letzten Kommunalwahlen gezeigt, daß man sich mit polnischen Listen als deutsche Katholiken präsentiert hat, was damals von uns ins richtige Licht gerückt worden ist. Wir wollen auf diese Angelegenheit nicht weiter zurückkommen, wollen wieder nur beweisen, was bei deutschen Katholiken politische „Ehrlichkeit“ ist.

Wir haben weder Lust noch Absicht, uns mit den Vorgängen im katholischen Lager auseinanderzusetzen und haben schon letzthin mit aller Klarheit gesagt, daß man sich bei deutsch-polnischer Zusammenarbeit keinerlei Illusionen hingeben darf, daß auf dem Wege dieser Zusammenarbeit nach außenhin der Vorteil des deutschen Teils kaum irgendwie zum Ausdruck kommt. Aber es ist uns nicht unbekannt, welche Kräfte in der hiesigen Bischöflichen Kurie walten und die auf Senator Dr. Pant nicht ohne Einfluß sind, wohin der Weg der deutschen Katholiken geht und als Beweis möchten wir nur jene denkwürdige Rede des gegenwärtigen Bischofs Adamski anführen, der da an der Tagung des deutsch-katholischen Karitasverbandes jene Worte aussprach, daß es interkonfessionelle Karitas gar nicht gibt, und daß die deutschen Katholiken sich einfach dem Machtspruch des Katholizismus unterordnen müssen. Sehr deutlich, aber ein Hausstreit, der uns gar nichts, gar nichts angeht. Der aber sehr eng damit zusammenhängt, ob Deutschtum oder Katholizismus in Zukunft bei der „Deutschen katholischen Volkspartei“, den Ausschlag geben wird.

Wir renommieren weniger mit deutscher Kulturarbeit, vollziehen sie aber unter ausdrücklicher Betonung, daß sie in erster Linie sozialistisch sein muß. Wenn der deutsche Arbeiter seine Arbeitsstätte hat, wenn er genügend Lohn bezieht, braucht er auch seine Nationalität nicht zu wechseln, und diese muß er sich erkämpfen, die gibt ihm kein Gott, kein deutsches Gebet, und wenn gerade die deutschen Katholiken ihre Leiden immer so betonen, dann wäre man geneigt, da alles von Gott kommt, zu sagen: was müßt ihr doch für Heiden sein, daß ausgerechnet euch der liebe Gott besonders hart straft! Aber das liegt nicht in unserer Absicht, das möge mit seiner Weltanschauung jeder mit sich abmachen. Darum gehen wir auf die sogenannte Abwehr, die uns da im „Oberschlesischen Kurier“ zuteil wird, nicht ein.

Wir haben uns weder als Verteidiger der Evangelischen aufgespielt, noch haben wir die Absicht, uns eine Toga der „Retter“ umzulegen. Jeder, dem Unrecht geschieht, wird uns an seiner Seite sehen. Das haben wir so gehandhabt und werden es auch so in Zukunft tun. Mögen die Menschen, für deren Rechte wir eintreten, einmal Ulitz oder das anderemal Korfanty heißen. Es geschah ihnen in jenen Fällen unrecht und wir haben die moralische Pflicht, sie zu verteidigen. Möglich, daß es bei der deutsch-katholischen Moral anders bestellt ist. Aber in einem hat der „Kurierweise“ recht, es ist nichts „Ergötzlicheres“ für die Bedeutung des Christentums, als wenn die guten Christen untereinander in Harnisch geraten und ihre religiöse Weisheit als die einzig wahre und gute beteuern, denn nach dieser katholischen Moral ist der andere immer ein Lump weil man die Kleinigkeit übersieht, daß er im eigenen Gewissen sitzt. Und darum auch der Unterschied zwischen christlicher und sozialistischer Moral, die sich hinter dem Anonymus versteckt, weil er zu feig ist, mit offenem Visier zu kämpfen. Und das kennzeichnet auch am besten die „ehrliche Politik“ der „Kurierweisen“! —ll.

Die Lohnverhandlungen in den Eisenhütten gescheitert

Gestern fanden Lohnverhandlungen zwischen Vertretern des Arbeitgeberverbandes und Arbeitergewerkschaften in der Eisenindustrie statt. Die Arbeitgeber wollen die Löhne um 25 Prozent abbauen und begründen das damit, daß die Bestellungen immer mehr zurückgehen. Die Arbeitervertreter lehnen natürlich jeden Lohnabbau ab, weil die Arbeiter ohnehin mehr feiern als arbeiten. Schließlich wird der Lohnabbau die Aufträge in den Hütten nicht steigern. Die Kapitalisten erklärten noch, daß sie den Arbeitervertretern die neuen Akkordsätze zustellen werden. Anfangs haben aber die Vertreter der Kapitalisten erklärt, daß sie darüber mit den Gewerkschaften nicht verhandeln werden und den Abbau der Akkordsätze den einzelnen Verwaltungen überlassen, die mit ihren Belegschaften den Lohnabbau durchführen werden. Inzwischen haben sie doch ihre Meinung ein wenig geändert und wollen jetzt mit den Gewerkschaften darüber verhandeln. Die Lohnverhandlungen sind gescheitert, weil die Arbeitervertreter über Lohnabbau überhaupt nicht reden wollten. Der Lohnstreit kommt vor den Schlichtungsausschuß.

Lohnverhandlungen in der Weiterverarbeitenden Industrie

Für den 31. März wurden die direkten Lohnverhandlungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitervertreter in der Weiterverarbeitenden Industrie festgesetzt. Die Löhne sollen um 21 Prozent abgebaut werden.

Arbeiterentlassungen in Dombrowa Gornicza

Auf den Kohlengruben in Dombrowa Gornicza finden Massenkündigungen statt. Am 1. April gelangen 250 Arbeiter zur Entlassung, die noch während des Streiks gekündigt wurden. Am 31. März sollen Massenkündigungen bevorstehen und man spricht darüber, daß einige Gruben überhaupt stillgelegt werden. Die Saturngrube hat schon 8 Prozent der Belegschaft gekündigt, desgleichen auch die Milowicgrube. Die Not unter den Grubenarbeitern ist sehr groß und wird durch die Massenentlassungen noch gesteigert. Die Kapitalisten nehmen jetzt Rache für den Streik.

Zahlung der Beiträge für den Fall der Erwerbslosigkeit

Die schlesische Handwerkskammer in Kattowitz teilt mit, daß auf Grund einer Rückfrage bei dem „Fundusz Bezrobocia" (Bezirksarbeitslosenfonds) alle Lehrkräfte von der Zahlung der Beträge für den Fall der Erwerbslosigkeit befreit sind, sofern mit den einzelnen Innungen oder der Handwerkskammer ein vorschriftsmäßiger Lehrvertrag abgeschlossen wurde. Dagegen müssen die Beträge von allen denjenigen Arbeitern entrichtet werden, die im Lohnverhältnis stehen und in Betrieben oder Unternehmen tätig sind, die mehr als vier Arbeitskräfte beschäftigen. In Frage kommen Werkmeister, Arbeiter, Gesellen usw. Das gleiche trifft natürlich auch auf die Arbeitgeber zu. In den nächsten Tagen wird wahrscheinlich eine entsprechende Aenderung eintreten und zwar in der Weise, daß die Beitragspflicht auf alle Arbeitskräfte und Lehrlinge mit abgeschlossenen Lehrverträgen ausgedehnt wird, unberücksichtigt der Anzahl der in den Betrieben beschäftigten Arbeitern. y.

Kattowitz und Umgebung

Die Volksuniversität für Erwerbslose.

Wie schon berichtet, wurde kürzlich im Zeichensaal der Knaben-Mittelschule in Kattowitz die Volksuniversität für Erwerbslose, die im Bereich von Kattowitz ansässig sind, eröffnet. Zu der ersten Vorlesung hatten sich gegen 200 Zuhörer eingefunden. Nach einleitender Begrüßung folgte ein Vortrag des Dr. Kozlowski über das Thema: „Die Entstehung der Kohle". Es folgten an den nächstfolgenden Abenden Vorträge über „Schlesiens Vergangenheit", „Die Quelle der Krisis" und „Der Alkohol und seine Folgen". Die Anzahl der Teilnehmer vergrößerte sich mit jedem Abend, so daß, infolge Raummangels, die Zahl der Hörer begrenzt werden mußte.

Es wird im Zusammenhang darauf hingewiesen, daß, infolge der Oster-Feiertage, der nächstfolgende Vortrag, am 5. April, zur gleichen Stunde, im selben Saal, abgehalten wird und zwar über das Thema „Gasabwehr, Flugwesen und Zivilbevölkerung". Dieser Vortrag wird durch Lichtbilder und Modelle illustriert. y.

Unglücksfall bei der Technischen Hochschule. Bei Vornahme von Reinigungsarbeiten stürzte von einer Leiter, und zwar von etwa 2 Meter Höhe die Pauline Pollak aus Kattowitz ab, wobei sie Verletzungen an den Händen erlitt. Nach Erteilung der ersten ärztlichen Hilfe im städtischen Spital, wurde die Verunglückte wieder entlassen. Der Unfall ereignete sich in der Technischen Hochschule auf der ulica Krasinskiego in Kattowitz. y.

Königshütte und Umgebung

Sitzung des Vorberatungsausschuß.

Infolge Mangels an Beratungsvorlagen, findet in diesem Monat keine Stadtverordnetensitzung statt. Um aber den hiesigen Arbeitslosen eine Feiertagsunterstützung zu gewähren, wurde der Vorberatungsausschuß zusammengerufen, um dazu Stellung zu nehmen. Der Arbeitslosenhilfsausschuß hat in seiner Sitzung beschlossen, mit der Gewährung von Lebensmittelbons zu Hilfe zu kommen. Die ausgegebenen Bons werden später von der Stadt eingelöst. Nachdem der Magistrat in seiner Sitzung dem Angebot zugestimmt hat, hat sich auch der Vorberatungsausschuß diesem angeschlossen. Nach der Aufstellung werden 8650 hiesige Arbeitslose mit Lebensmittelbons bedacht. Es werden erhalten: Ledige 4, in einer Anzahl von 5420, Verheiratete ohne Kinder oder mit einem Kind, in einer Zahl von 1100, mit 6 und Verheiratete mit mehr als 2 Kindern in einer Anzahl von 2310 zu 8 Lebensmittelbons. Insgesamt werden dafür 46 040 Zloty benötigt. Wenn auch hervorgehoben wurde, daß die Beschenkung sehr gering ist, so mußte anderseits erwogen werden, die schlechte Finanzlage der Stadt und die geringeren Steuereinkünfte, die auf Grund der Wirtschaftskrise erklärlich sind.

Anschließend daran wurde seitens des Ersten Bürgermeisters Spaltenstein mitgeteilt, daß der von der Stadtverordnetenversammlung festgesetzte Haushaltungsplan in Höhe von 8,7 Millionen Zloty von der Wojewodschaft nicht genehmigt wurde. Bei der Rücksendung wurde der Wunsch ausgesprochen, die festgesetzte Summe um weitere 450 000 Zloty herabzusetzen, so daß, wenn die Reduzierung um diesen Betrag erfolgen wird, der diesjährige Haushaltungsplan um 37 v. H. weniger angesetzt ist, als im Vorjahre. Ob dann noch die übrigen Summen eingehen werden, bleibt eine Frage der Zeit. Jedenfalls steht das ein fest, daß der Finanzausschuß sich in der nächsten Zeit mit weiteren Herabsetzungen befassen wird müssen. m.

Blutiger Ausgang eines Ausfluges.

Bei einem Ausflug von zwei Gruppen, kam es am Sonntag, den 6. Juli 1930, zu einem blutigen Vorfall, wobei es sogar einen Toten und zwei Verletzte gegeben hat. Vor der Strafkammer Königshütte hatten sich gestern wegen dieser Vorfälle, ein gewisser Paul Wosniczok, Karl Langer, Rudolf Wengrzik, Eduard Volkmann, Johann Lepich, Marie Ster und Josef Silberstein, der sich inzwischen durch Flucht der Verhandlung entzogen hat, zu verantworten. Den Angeklagten wurde zur Last gelegt, die blutige Schlägerei verschuldet zu haben, die den Tod des Fleischers August Ster aus Königshütte zur Folge hatte. Ferner waren einige Angeklagte belastet, während der Schlägerei den Paul Wosniczok und einen gewissen Malorny, schwer verletzt zu haben.

Die Verhandlung hat ergeben, daß am 6. Juli 1930 eine Gruppe junger Leute einen Ausflug nach der Przemsa unternahm. Man traf daselbst andere Königshütter Bürger an und vergnügte sich. Am Nachmittag, als sich einige Teilnehmer durch mitgebrachtes Bier und Alkohol, in übermütiger Stimmung befanden, kam es zwischen den Parteien zu einem Streit, der zu einer regelrechten Schlägerei mit den leeren Bierflaschen ausartete. Fleischer Ster wurde derart zugerichtet, daß er an den Folgen verstarb. Trotz der geladenen 18 Zeugen, blieb die Angelegenheit in Dunkel gehüllt. Einige Zeugen sagten zwar aus, daß sie gesehen haben, wie Wosniok auf Ster mit einer Flasche eingeschlagen hat, nachdem er vorher von dem geflüchteten Silberstein mit einer Bierflasche zu Boden geschlagen worden ist. Die Zeugen der Gegenpartei wollen wiederum gesehen haben, daß Langer und Lepich es waren, die Wosniczok und Malorny die schweren Verletzungen beigebracht haben. Bestimmte Aussagen konnte keiner der Zeugen machen, da es in dem Tumult während der Schlägerei überaus schwer war, festzustellen, wer die Schläge geführt hat. Verteidiger Dr. Damm forderte Freispruch, da die Verhandlung keine Aufklärung der Tat gebracht hat.

Nach längerer Beratung verurteilte das Gericht Langer und Lepich zu je einem Monat Gefängnis, während die anderen Angeklagten freigesprochen wurden. In der Begründung führte der Vorsitzende an, daß Wosniczok zuerst angegriffen worden ist und daher Notwehr angenommen wurde. Ueber die Schuld der anderen freigesprochenen Angeklagten, gehen die Meinungen der Zeugen weit auseinander, so daß der Gerichtshof von der Schuld nicht überzeugt ist. Nur bei Langer und Lepich gilt die Schuld als erwiesen, doch hat das Gericht mildernde Umstände walten lassen. m.

Unglücksfall. Der in der Federnschmiede beschäftigte Heizer Mazaur, wurde beim Einsetzen von Eisenstücken in den Ofen von einer ausschlagenden Stichflamme im Gesicht schwer verbrannt. Nach Erteilung der ersten Hilfe, wurde M., mittels Sanitätsautos, in das Knappschaftslazarett Königshütte gebracht. m.

Die „ehrbare Fleischerinnung" streut den Konsumenten Sand in die Augen

Die Kalkulation im Fleischergewerbe — Wer lügt, der betrügt — Beim Mastbullen legen die armen Fleischer noch zu — Den halben Mastbullen schmeißen sie auf den Misthaufen

Wir sind genötigt, mit der „ehrbaren Fleischerinnung" ein ernstes Wort zu reden. In unserer Ausgabe vom 2. Februar haben wir unter Myslowitz einen Artikel über die Kalkulation im Fleischergewerbe veröffentlicht, in welchem auf Grund von Ziffernmaterial nachgewiesen wurde, daß ein Myslowitzer Fleischer bei einem Stück Schwein Brutto 92 und bei einem Mastbullen Brutto 90 Zloty verdient. Dabei war die Kalkulation so berechnet, damit der Fleischer ja nicht geschädigt wird und es wurde beim Speck, Schinken und Wurstwaren keine Sonderkalkulation aufgestellt, sondern nur das Fleisch berechnet. Bei den Selchwaren, Wurst, Schinken und Speck schlagen bekanntlich die Fleischer nicht selten 50 bis 80 Prozent darauf,

aber wir wollten sie schonend behandeln,

damit sie bei der Festsetzung der Höchstpreise nicht den Kürzeren ziehen. Den Einkaufspreis haben wir auf Grund der Notierungen auf der Centralna Targowica festgesetzt, der doch maßgebend ist,

weil dieser Preis zum Teil durch die Viehhändler und Fleischer mitbestimmt wird.

Was den Schwund anbelangt, so haben wir hier die Kalkulation der großen Schlächtereien in Berlin und Wien zugrunde gelegt und das ist maßgebend. Zu bemerken wäre noch, daß der Schwund beim Privatfleischer ein viel geringerer ist, weil der Fleischer alles verwertet und für die Wurst verarbeitet. Zu der Wurst gießt er nicht nur Wasser zu, sondern er mischt Schweinefleisch mit Rindfleisch, gibt Mehl dazu, damit sich die Masse gut hält und der Verdienst möglichst hoch herausgeschlagen wird. Alle diese Dinge haben wir unerwähnt gelassen, aber wir werden jetzt gezwungen die Praktiken der Fleischer eingehender zu beleuchten. Wenn wir uns mit dieser Frage überhaupt befaßt haben, so nur deshalb,

weil das gesamte Volk hungert und darbt

und es ist ein Verbrechen, wenn die Myslowitzer auf die Höchstpreise, die in Kattowitz eingehalten werden, pfeifen und einen viel höheren Aufschlag berechnen. In Kattowitz halten sich wenigstens die Fleischer an die Höchstpreise, die doch zusammen mit den Fleischern bestimmt werden, aber in Myslowitz nicht.

Unser Artikel hat wie eine Bombe eingeschlagen und die „ehrbare Fleischerinnung" ist ganz aus dem Häuschen geraten. Sie verteidigt den Wucher und zwar nicht nur die Myslowitzer Fleischerinnung, aber die Innung in der Wojewodschaft. In mehreren Zeitungen haben die Fleischer einen Artikel veröffentlicht, in dem sie eine ganz

falsche und entstellte Kalkulation veröffentlichen,

die direkt grotesk anmutet. In der „Kattowitzer Zeitung" vom 8. März wurde diese Kalkulation veröffentlicht und wir wollen sie ein wenig unter die Lupe nehmen.

Die „ehrbare Fleischerinnung" sagt in dem Artikel vom 8. d. Mts., daß ein 120 Kilo schweren Schwein Lebendgewicht, 92 Groschen per Kilo bezahlt wird. Wir haben von diesem Tage Notierungen der Centralna Targowica vor uns und dort heißt es ausdrücklich, daß Schweine zwischen 100 und 120 Kilo 77—78 Groschen Lebendgewicht kosten. Die Differenz ist zwar nicht groß, beträgt aber immerhin bei einem Stück 4,80 Zloty und das darf nicht übersehen werden, denn bei einer Kalkulation kommt es auf jeden Groschen an. Weiter heißt es,

daß die Anfahrt des Stückes 12 Zloty und die Handlungskosten 30 Zloty betragen.

Das ist doch eine willkürliche Kostenangabe. Mag sein, daß der Fleischer in Chorzow Anfahrtgeld von 12 Zloty bezahlen muß, aber er bringt nicht ein, sondern mehrere Stücke mit und zwar mit eigenem Gespann. Und die Handlungskosten, was ist das? Ladenmiete, Lohn-, Steuern, Licht und was sonst noch? Sozialabgaben sagen die Fleischer. Mag sein, daß sie für die Schweine auch „Sozialabgaben" zu entrichten haben, denn bei den Fleischern ist alles möglich. Wer auf solche Art und Weise anfängt, mit dem kann man schlecht reden, denn er geht auf Betrug aus. Für 100 Zloty hat die ehrbare Fleischerinnung das Schwein gekauft und für 148 Zloty verkauft. Ohne Wurst, Speck und Räucherfleisch haben wir herausgerechnet, daß der Fleischer bei einem Stück 92 Zloty verdient, die Fleischerinnung hat aber nur 48 Zloty mit allem zusammen herausgerechnet. Die Aermsten!...

Viel toller treibt es die Fleischerinnung mit dem Mastbullen. Da heißt es, daß der Mastbulle im Einkauf 70 Groschen Lebendgewicht kostet. Nach den Notierungen der Centralna Targowica kosten sie 61 Groschen. Es ist zwecklos mit der „ehrbaren Innung" hier zu polemisieren. Es genügt wenn wir sagen, daß die „ehrbare Fleischerinnung" behauptet, daß aus einem Mastbullen, der 500 Kilo wiegt,

nur 250 Kilo ausgeschlachtet werden.

Wo kommen die übrigen 250 Kilo, etwa auf den Misthaufen? Wir haben gesagt, daß 40 Prozent wegfallen, aber 20 Prozent davon werden zum Selbstkostenpreis verkauft und davon können wir nicht einen Gramm weggeben. Bei einer solchen Verschwendung braucht man sich nicht zu wundern, wenn die Innung zu dem Resultat kommt,

daß der Fleischer bei jedem Mastochsen 33 Zloty zuzahlen muß!

Die Anfuhr wird beim Mastochsen mit 18 Zloty,

die Handelskosten mit 105 Zloty

angegeben. Bei einer solchen Berechnung kann man nur sagen, daß das ein offensichtlicher Schwindel ist und wer lügt, der geht auf Betrug aus.

Gewiß will ein jeder Gewerbetreibende verdienen und er muß verdienen, denn sonst hätte die ganze Sache keinen Zweck. Er soll anständig verdienen. Wir wollen selbst nicht abstreiten, daß der kleine Fleischer, der in der Woche nur einige Stück verkauft, sich mit einem mäßigen Verdienst zufriedenstellen muß. Aber wir können nicht einsehen, warum die Fleischer in Kattowitz bei den Höchstpreisen ganz gut auskommen, während z. B. die Myslowitzer Fleischer einen höheren Preis nehmen müssen. Wir können ferner nicht einsehen, warum eine Fleischerinnung mit Schwindelzahlen hausieren geht. Bei den Handelskosten, die die Innung bei einem Stück angegeben hat, ist wohl die Sauferei mitinbegriffen, denn anders kann man sich die Sache nicht erklären, daß bei einem Rind die Handelskosten 105 Zloty betragen müssen. Das Volk lebt in der allergrößten Not und die Gewerbetreibenden müssen sich den Verhältnissen anpassen. Sie müssen mit den Tatsachen rechnen und dürfen das Volk nicht ausnützen.

Wenn ein Fleischer von einem Arbeitslosen 90 Groschen für ein Pfund Abfallwurst verlangt, so ist das Wucher

und da nützen keine Kalkulationsziffern, die geeignet wären, diesen Wucher zu entschuldigen. Wir machen die Preisprüfungskommission darauf aufmerksam und bitten, sich dieser Sache gründlich anzunehmen.

Ein frecher Betrüger. In das Geschäft des Kaufmanns Nathan Czapelski, an der ulica Dworcowa 1, erschien gestern ein junger Mann und suchte verschiedene Zubehörteile für Autos aus. Er gab an, im Auftrage der Firma „Stella" in Königshütte geschickt worden zu sein und bat den Geschäftsinhaber, die ausgesuchten Gegenstände nach der angegebenen Firma schaffen zu lassen, wo auch nach Ablieferung sofortige Bezahlung erfolgen wird. Der Kaufmann kam dem Wunsche nach und schickte einen Boten mit den Ersatzteilen nach dieser Fabrik. Vor dem Hause der Firma hielt der Käufer den Boten an, nahm ihm die Gegenstände ab und schickte ihn zwecks Bezahlung nach dem Büro der Firma. Daselbst angelangt, mußte sich der Bote überzeugen lassen, daß er einem Schwindler zum Opfer gefallen ist. Vor diesem frechen Betrüger wird gewarnt. m.

Ein gefährlicher Passant. Die Sicherheitsbehörde veranlaßte die Ueberführung des 38 Jahre alten Heinrich Gut, von der ul. Juljusza Ligonia 11, in eine Heilanstalt, da dieser, auf Grund einer Geisteskrankheit die Passanten mit einer Bierflasche bedroht hat. m.

Auf frischer Tat ertappt. Es gelang gestern, einen gewissen Michael Stachon aus Neu-Berun festzunehmen, als er im Begriff war, an der ulica Sienkiewicza 6 in eine Wohnung einzubrechen. Bei der Leibesuntersuchung wurden bei dem Verhafteten verschiedene Nachschlüssel vorgefunden. St. wurde in das Gerichtsgefängnis eingeliefert. m.

Einbrüche. In die Verkaufshalle der Frau Helene Chrepel am Redenberge wurde gestern Nacht ein Einbruch von Unbekannten verübt. Der zurückgelassene Warenvorrat im Werte von 150 Zloty, wurde gestohlen. — Aus der unverschlossenen Wohnung des Drehers Roman Grzywna an der ulica Koscielna 11, wurde ein 20-Zlotyschein, obwohl er in einem Waschkorb versteckt war, von einem unbekannten Dieb gestohlen. m.

Diebische Elster. Frau Margarethe Werner hatte zum Aufräumen eine gewisse Margarethe M., von der ulica Sieczynskiego, angenommen. Dieser Tage eignete sie sich einen Mantel und eine Geldbörse mit Inhalt an und verschwand in unbekannter Richtung. m.

Lehrer unter sich. Eine nichtalltägliche Angelegenheit fand vor dem Königshütter Burggericht ihren Abschluß. Der Lehrer Philipp L. aus Bismarckhütte klagte gegen seinen Berufskollegen Stanislaus S. wegen falscher Anschuldigung, auf Grund dessen L. seine Stellung verloren hat. Während der Verhandlung wurde der Beweis erbracht, daß die von S. gemachten Angaben über L., nicht den Tatsachen entsprechen. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu 200 Zloty Geldstrafe oder pro 5 Zloty einen Tag Gefängnis. Außerdem wurde dem Geschädigten eine Summe von 1000 Zloty, zur Last des Verurteilten, zugesprochen.

Am 2. Osterfeiertag, abends 7 Uhr, Christliches Hospiz:



Besuchet das Oster-Konzert der Kattowitzer Arbeitersänger

Schlußverhandlung gegen die Zawodzier Demonstranten

Ein mildes Urteil — Der Appell des Gerichtsvorsitzenden

Am gestrigen Donnerstag wurde der Prozeß gegen die Arbeitslosen, die im Monat Juni v. Js. im Ortsteil Zawodzie, mit der Polizei einen blutigen Zusammenstoß hatten, weiterverhandelt und, nach Durchführung der Beweisaufnahme, das Urteil gefällt.

Vernommen worden sind noch weitere sechs Zeugen, von denen einige verschiedene Angeklagte belasteten. Der Staatsanwalt rügte das Treiben der einzelnen Angeklagten, welche sehr unbesonnen gehandelt hätten. Am Schluß seines Plädoyers beantragte der öffentliche Anklagevertreter für bestimmte Angeklagte eine Zuchthausstrafe von einem Jahre, für die restlichen Beklagten Gefängnisstrafen von 8 Monaten. Die Verteidigung wies daraufhin, daß das Gericht den Umstand in Betracht ziehen solle, daß man es mit bedauernswerten Opfern der gegenwärtigen Notzeit zu tun habe, die sich fast ausnahmslos schon damals in bedrängter Lage befunden haben und Zuflüsterungen, seitens gewisser Elemente, unter den obwaltenden Umständen, leicht zugänglich waren. Wohl der weitausgrößte Teil der Angeklagten dürfte sich über das Tun und Handeln kaum klar gewesen sein. Die Leute sahen sich in ihren Rechten durch die Entziehung der weiteren Beihilfe beschnitten und glaubten recht zu tun, wenn sie ihrem Unwillen vor dem Wojewodschaftsgebäude Ausdruck gegeben hätten. An das Richterkollegium wurde appelliert, alle strafmildernden Umstände in weitgehendstem Sinne zu berücksichtigen und ein mildes Urteil zu fällen.

Nach dem Schlußwort der Beklagten zog sich das Kollegium zu einer längeren Beratung zurück. Verurteilt wurden:

Brigitta Kolodziej, Viktoria Szott, Josef Balla, Josef Marcoll, Viktor Wünscha, Alfred Baron, Hubert Grychtol, August Misko und Marie Pytel zu je 6 Monaten, ferner Wladislaus Slowczyk zu 3 Monaten Gefängnis.

Den weiblichen Angeklagten wurde eine Bewährungsfrist für den Zeitraum von einem Jahre, den Männern für den Zeitraum von zwei Jahren gewährt.

Der minderjährige Alfred Marcoll wurde ebenso, wie alle restlichen Angeklagten freigesprochen,

mit der Begründung, daß seine volle Schuld zwar erwiesen worden ist, er jedoch infolge seiner Unerfahrenheit, sich über das Strafbare seines Handelns nicht klar gewesen ist. Von der Tragung der Gerichtskosten wurden die verurteilten Angeklagten entbunden.

Zur näheren Begründung führte Vizepräses Dr. Radlowski aus, daß sich das Gericht davon überzeugt habe, es mit Opfern gewissenloser Elemente zu tun zu haben, welch letztere nur das eine Ziel im Auge hätten, einen Umsturz herbeizuführen. Man habe es verstanden

durch aufwieglerische Aufrufe, bezw. Flugschriften die Arbeitermassen zu diesem sogenannten Hungermarsch nach Kattowitz zu bewegen.

Die Beklagten, die sich fast ausnahmslos aus jungen Leuten rekrutieren, handelten unüberlegt. Die wirklich Schuldigen ständen vor Gericht leider nicht zur Aburteilung und zwar die Elemente, die sich

die Notlage und Krisenstimmung zunutze

machten, um auf die jugendlichen Arbeitslosen ihren verderblichen Einfluß auszuüben. Das Gericht habe alle mildernden Umstände in Erwägung gezogen, umsomehr, da es sich zeigte, daß mit Ausnahme eines einzigen Beklagten, alle übrigen Personen mit dem Strafgesetz noch nie in Konflikt gekommen sind. Den wenigen Angeklagten, deren Verurteilung, infolge der Uebergriffe, erfolgen mußte, sei eine Bewährungsfrist gewährt worden, so daß die Strafe bei guter Führung, nicht verbüßt zu werden braucht. Die Schlußworte des Vorsitzenden waren gleichsam ein Appell an die Beklagten und Zuhörer, der augenscheinlich zu Herzen ging, da man, sowohl auf der Anklagebank, als auch im Zuhörerraum, unter den Angehörigen der Beklagten vielfaches Weinen vernahm. y.

Siemianowitz

Massenfeierschichten auf den Gruben. Auf Ficinusschacht wurden von Mittwoch ab Feierschichten eingelegt und dauern bis Dienstag nach Ostern. Auf Richterschächte begannen die Feierschichten am Donnerstag und dauern gleichfalls bis Dienstag nach den Feiertagen.

Zusammenstoß zwischen Auto und Fuhrwerk. Am Dienstag in den Vormittagsstunden prallte das Personenauto der hiesigen Bergverwaltung auf der ul. Staschyca gegen das vom Markte kommende Gespann des Fleischers Przybilski. Der Lenker des Gespanns, ein Geselle des Fleischermeisters, wurde vom Bock geschleudert, wo er besinnungslos liegen blieb. Er erlitt erhebliche Verletzungen und mußte ins Lazarett geschafft werden. Der Fleischerwagen wurde stark demoliert, während die Pferde unverletzt blieben.

Ladendiebe. Aus einer Buchhandlung wurde von einer unbekannten Frauensperson ein Buch gestohlen, indem sie dieses beim Aussuchen unter ihr Tuch versteckte. — Ein junger Mann wurde am Sonntag dabei ertappt, als er in einem Geschäft den Versuch machte, eine Kiste Käse zu stehlen.

Diebstähle. Dem Hühnerhalter Mikalik auf der Kosciuszko 17 sind aus dem Stalle letzthin 6 Hühner gestohlen worden. — Von einem Wagen wurden auf der Beuthenerstraße von jugendlichen Spitzbuben eine größere Anzahl Handtücher gestohlen.

Myslowitz

Rosdzin. (Selbstverschuldeter Unfall.) Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich auf der Eisenbahnstation zwischen Rosdzin-Schoppinitz. Auf dieser Strecke versuchte der 20jährige Roman Slesarczyk aus Schoppinitz, von einem, mit Kohlen beladenen, Güterwaggon, welchen er vorher erkletterte, Kohlenstücke herunterzuwerfen. In demselben Moment bemerkte der junge Mann einen Polizeibeamten, welcher dortselbst Dienst tat. Aus Furcht vor Strafe sprang S. von dem fahrenden Güterzug herunter. Durch den Aufprall auf das Schienengleis erlitt der Verunglückte einen Bruch der rechten Hand. Der Verletzte mußte in das Gemeindespital in Schoppinitz überführt werden.

Schwientochlowitz u. Umgebung

Bismarckhütte. (Gemeindeausgaben.) Für das Jahr 1932-33 sind folgende Ausgaben zu vrzeichnen. An allgemeinen Verwaltungsunkosten 316 000 Zloty, die in nachstehenden Positionen zum Teil aufgehen. Für die Angestellten des Gemeindevorstandes 262 309 Zloty, für die außertariflich Angestellten 108 385 Zloty, für die tariflich Angestellten 96 309 Zloty, für Rentner, Pensionäre, Witwen und Waisen 31 170 Zloty, für Einrichtungen 52 891,10 Zloty, für Erhaltung der Dienstlokale 19 459,10 Zloty, für Beheizung und Licht im Rathaus 8210 Zloty, für Kanzleiausgaben 20 210 Zloty, für Prozeßkosten 5000 Zloty, für die Erhaltung der Gemeindebauten 10 069,70 Zloty, für die Aufrechterhaltung der Mechanischen Bäckerei 100 000 Zloty. Zinsen von der 4 560 000 Zloty hohen Gemeindeanleihe 444 454,62 Zloty. Für Wege und Plätze 47 071,75 Zloty. Für die Erhaltung der Anlagen 5000 Zloty. Für das Bildungswesen sind 71 100 Zloty veranschlagt, davon die Schuldiener 21 700 Zloty, für die Erhaltung der Schulhäuser 16 000 Zloty. Für Beheizung, Licht und Vereinigung 18 000 Zloty. Für die Erhaltung der Kinderspielschule 2900 Zloty, für Kultur und Kunst sind 700 Zloty ausgewiesen. Für die Gesundheitspflege sind 413 880,65 Zloty vorgesehen. In diesem sind für Wasserleitung 192 800 Zloty, für den Wassermeister 4650 Zloty, für Erhaltung der Rohrwasserleitung 17 900 Zloty, für Wasserversorgung verbunden mit den Verwaltungskosten 150 000 Zloty, für die Badeanstalt 7595 Zloty, für öffentliche Bedürfnisanstalten 3765 Zloty, für die Ferienkolonie 2900 Zloty, für die öffentliche Fürsorge sind 201 922 Zloty vorgesehen. Davon für Armenunterstützung 101 700 Zloty. Für Armenheilkosten 16 970 Zloty, für Geisteskranke, Blinde, Taube und Krüppel 12 779 Zloty, für Arbeitslose 64 932 Zloty, daß zum Teil in einer einmaligen Unterstützung von 15 000 Zloty zur Erhaltung der Arbeitslosenküche von 15 000 Zloty und für das Büropersonal 24 385 Zloty aufgeht. Für öffentliche Sicherheit sind 111 512,68 Zloty veranschlagt. Davon machen die Verwaltungskosten allein 63 306,63 Zloty aus. An Straßenbeleuchtung ist die Summe von 47 331 Zloty ausgeworfen.

Bismarckhütte. (Zwei Mädchen in großer Gefahr.) Das 19jährige Dienstmädchen Stefanie Pogoda und die 15jährige Margarethe Malenda, welche bei dem Fleischermeister Georg Gorki, auf der ulica Krakowska 126 in Bismarckhütte, beschäftigt waren, heizten ihr Wohnzimmer stark ein und legten sich schlafen. Aus dem überheizten Ofen fielen Kohlenstücke heraus, welche Kohlenoxydgas hervorriefen. In dem Moment durchstreifte ein wachhabender Polizeibeamter das Haus. Der Beamte wurde auf den Geruch aufmerksam und weckte sofort den Fleischermeister. Es gelang, die beiden Mädchen noch rechtzeitig zu retten. Beiden wurde an Ort und Stelle, die erste ärztliche Hilfe zu teil. x.

Bismarckhütte. (Ueber 9000 Zloty veruntreut.) Der Franz Adam aus Bismarckhütte wurde zur gerichtlichen Anzeige gebracht, weil er, zum Schaden des „St. Stanislaus-Verlags" in Kattowitz, in der Eigenschaft als Reisender, die ansehnliche Summe von 9280 Zloty veruntreute. Weitere Untersuchungen in dieser Angelegenheit sind im Gange. x.

Friedenshütte. (Böse Folgen einer Schlägerei.) Zwischen dem Franz Walach, Franz Kozla aus Friedenshütte und dem Theodor Siedlaczek aus Bielschowitz, kam es zu Auseinandersetzungen, welche in Tätlichkeiten ausarteten. In Verlauf der Streitigkeiten wurde der Walach mit einem Messer verletzt. Der Verletzte wurde in das Hüttenspital in Friedenshütte geschafft. x.

Pleß und Umgebung

Orzesche. (Eisenbahner verunglückt.) Der 53jährige Eisenbahner Edmund Adamek aus Orzesche wurde auf der Eisenbahnstrecke zwischen Orzesche und Jaskowiec-Zdroj von einem heranfahrenden Personenzug erfaßt und sehr schwer verletzt. Im bewußtlosem Zustand wurde der Verunglückte nach dem Krankenhaus geschafft. Der junge Mann erlitt einen komplizierten Schädelbruch. Wie es heißt, sollen die Verletzungen lebensgefährlich sein.

Morgi. (Unhaltbare Straßenzustände.) Die Zufahrtsstraßen von Birkental und Wessola nach unserem Ort zu, sind gerade zu himmelschreiend. Fuhrwerke versinken im Dreck und für Fußgänger ist der Weg sogar am Tage unpassierbar. Während dem jetzigen Tauwetter bilden Straßen und Wege eine See. Es wäre endlich Zeit, daß hier die Gemeinde Birkental energisch Ordnung schafft, damit mögliche Zustände wieder Platz greifen. Ebenfalls wird die Postverwaltung gebeten, die Briefkasten in Ordnung zu bringen, denn es geht nicht an, daß sie Tag und Nacht unverschlossen bleiben, nur weil die Schlösser defekt sind.

Rybnik und Umgebung

Unteroffizier verübt Selbstmord.

Der 24jährige Unteroffizier Matar Borowik, vom 75. Infanterieregiment in Rybnik, verübte Selbstmord, indem er sich mit dem Karabiner erschoß. Der junge Mann verübte den Selbstmord in den Kasernen der dortigen Garnison-Kommandantur. Das Motiv zur Tat ist bis jetzt unbekannt. Der Tote wurde in die Leichenhalle des dortigen Krankenhauses geschafft.

Arbeitersport

Am Dienstag abends veranstaltete der 1. R. K. S. Kattowitz in der Mittelschule seine diesjährigen Hallenwettkämpfe. Zum Start weldeten sich 30 Kämpfe, welche in 2 Klassen starteten. Die Leistungen der einzelnen Sportler, sind mit gut zu bezeichnen. Die Resultate sind wie folgt:

A-Klasse.

Hochsprung mit Anlauf: 1. Szymura Oskar 1,61 Meter, 2. Piechula Karol 1,59 Meter, 3. Borys Wladyslaw 1,54 Meter.

Weitsprung mit Anlauf: 1. Szymura Oskar 5,57 Meter, 2. Borys Wladyslaw 5,49½ Meter, 3. Piechula Karol 5,29½ Meter.

Weitsprung aus dem Stand: 1. Szymura Oskar 2,62½ Meter, 2. Grünwald Felix 2,57 Meter, 3. Borys Wladyslaw 2,58 Meter.

Kugelstoßen: 1. Piechula Karol 10,13 Meter, 2. Borys Wladyslaw 9,73 Meter, 3. Szymura Oskar 9,65 Meter.

B-Klasse.

Kugelstoßen: 1. Rzytki Wilhelm 9,65 Meter, 2. Hornik Josef 9,51 Meter, 3. Hammer Walter 8,68 Meter.

Weitsprung mit Anlauf: 1. Hornik Josef 1,35 Meter, 2. Rzytki Wilhelm 1,35 Meter, 3. Hammer Walter 1,30 Meter.

Weitsprung aus dem Stand: 1. Urbanski Konrad 2,51½ Meter, 2. Rzytki Wilhelm 2,50½ Meter, 3. Kowclik Roman 2,25 Meter.

Weitsprung mit Anlauf: 1. Kostka Walter 4,90 Meter, 2. Rzytki Wilhelm 4,72 Meter, 3. Kloze Alfred 4,51 Meter.

Goethes letzte Liebe

Roman von Berthold Frucht

18)

„Soll ich der väterlichen Erbschaft verlustig gehen und niemals aus der materiellen Abhängigkeit erlöst werden?" jammerte August Goethe.

„Was willst du dagegen tun, Gustl?" wollte Ottilie wissen.

„Mein Entschluß steht fest", erklärte mit aller Entschiedenheit August. „Ich reise nach Marienbad. Noch sechs Tage trennen uns vom kritischen Zeitpunkt — von Vaters Geburtstag. Sein Geburtstag soll mir als Reisevorwand dienen. Der eigentliche Reisezweck aber soll es sein, das Unheil einer Ehe zu verhindern."

„Ob es dir gelingen wird, Gustl?" fragte Ottilie. „Der Vater kann keinen Widerspruch, kaum einen Zweifel ertragen. Man muß sich ihm nur mit dem Weihrauchfaß in der Hand nähern. Wer das nicht tut und ihm Widerspruch entgegensetzt, den betrachtet er als seinen Feind."

Nach einigem Nachdenken fuhr Ottilie fort:

„Ich hab' eine Idee, Gustl. Wenn der Vater durchaus heiraten will, weil er sich wieder jung fühlt, wenn er durchaus nach Grünzeug Verlangen trägt, und wenn es eine Ulrike sein muß — wozu denn in die Ferne schweifen? Sieh, das Gute liegt so nah! —, so soll er meine Schwester Ulrike heiraten. Wenn Ulrike Frau Geheimbde Rat wird, bleib' ich immer noch die Hausfrau im Goethe-Hause, und auch die Erbschaft macht uns dann keine Sorge."

„Du weißt ja, Ottilie, daß ich nicht heiraten will", wehrte Ulrike ab.

„Das sagen alle Mädchen — vor der Heirat", entgegnete Ottilie.

„Du selbst hast mir doch erst heute von der Ehe abgeraten, Ottilie", warf Ulrike ein.

„Du gefällst dem alten Herrn sehr gut, Ulrike", gestand Ottilie, ohne auf ihren Einwurf zu achten.

„Auch Goethe gefällt mir", antwortete Ulrike, „als Mensch, als Dichter. Aber nicht als Ehegatte. Da wär' er mir, wenn ich überhaupt heiraten wollte, doch ein wenig zu alt. Meinst du nicht auch, Ottilie?"

„Der Vater darf überhaupt und unter keinen Umständen heiraten!" schrie August. „Zu diesem Zweck reis' ich, wie gesagt, nach Marienbad. Noch heute laß ich mir den Paß besorgen und suchte Elkan auf, der mir das Reisegeld leihen soll. Wenn ich übermorgen abreise, komme ich noch rechtzeitig zum Geburtstag in Marienbad an."

Mit den Worten: „Ich gehe, meine Reisevorbereitungen treffen!" stürzte August in großer Aufregung aus dem Zimmer.

Elftes Kapitel.

Der Tag des öffentlichen Geheimnisses.

Goethe pflegte sich, so gut es ging, den Huldigungen, die sein Geburtstag, dieser Tag des öffentlichen Geheimnisses, brachte, zu entziehen und in stiller Zurückgezogenheit zu verleben. Aber diesmal mußte er viele Huldigungen über sich ergehen lassen.

Denn er mußte in Marienbad bleiben, weil er endlich an seinem Geburtstage den Mut aufzubringen hoffte, mit Frau von Levetzow das entscheidende Wort zu sprechen.

So war der achtundzwanzigste August gekommen.

Die Stadt hatte dem berühmten Gast zu Ehren reichen Flaggenschmuck angelegt.

Als die ersten Gratulanten fanden sich Frau von Levetzow mit ihren Töchtern und Eltern ein.

Sie waren nicht mit leeren Händen erschienen.

Herr und Frau von Brösigke verehrten dem hocherfreuten Dichter ihre von Künstlerhand gemalten Medaillons, Frau von Levetzow überreichte dem Geburtstagskind einen mächtigen Blumenstrauß aus roten Rosen, des Dichters Lieblingsblumen. Die drei Töchter schenkten einen herrlichen Kristallbecher mit ihren gelungenen Konterfeis und mit einer auf dem Vorderfeld des Bechers eingravierten Widmung.

Aber Goethe brachte auch heute den Mut nicht auf, mit der Sprache herauszurücken, seinem Herzenswunsche nach dem Besitz der Geliebten Ausdruck zu verleihen und um Ulrikes Hand anzuhalten.

Er wagte die Werbung ganz einfach nicht.

Enttäuscht verließen ihn die Gratulanten, namentlich Frau von Levetzow und ihre Eltern, die mit Zuversicht dem heutigen Tage entgegengesehen und eine Entscheidung erwartet hatten.

Entmutigt blieb Goethe allein zurück und gab sich seinen trüben Gedanken hin.

„Die arme Frau von Levetzow! Sieht sie wirklich nicht, oder will sie nicht sehen, daß nicht ihr meine Liebe gilt, sondern Ulrike? Wie wird das alles enden? Wie wird Frau von Levetzow meine Werbung um Ulrikes Hand aufnehmen? Aber mir gebricht es an Mut zu diesem Schritt. Je näher ich mich dem Ziele wähne, desto mutloser, zaghafter werde ich. — Ich wag' es einfach nicht."

Goethe wollte seinen Gedanken weiter nachhängen, als Stadelmann erschien und mit den Worten: „Ich bringe die Post, Herr Geheimbde Rat. Heut' ist sie besonders ausgiebig: die vielen Geburtstagsgratulationen", zahlreiche Briefe auf des Dichters Schreibtisch legte.

Goethe las die Post flüchtig durch und wunderte sich, daß weder ein Brief von seinem Sohn noch einer vom Großherzog darunter war.

„Hoffentlich überbringt mir die nächste Post ihre Nachrichten", tröstete er sich. Der Großherzog — fiel ihm ein — jagte in der Nähe der böhmischen Grenze, in Ober-Brambach im Vogtland, als Jagdgast des Königs von Sachsen. Am Ende überraschte ihn der Großherzog hier zu seinem Geburtstag, um ihm persönlich zu gratulieren. Wie wäre ihm heute ein Besuch willkommen! Der Großherzog könnte für ihn um Ulrikes Hand anhalten! Ihm fehlte ganz einfach der Mut dazu. Ihm graute es vor der Auseinandersetzung mit der Mutter.

(Fortsetzung folgt.)

Bielitz, Biala und Umgegend

Große Protestversammlung der Strom-Konsumenten von Bielitz-Biala und Umgebung

In allen größeren Städten Polens werden gegenwärtig Protestaktionen gegen die hohen Strompreise durchgeführt, welche sich in Lichtstreiks und Drosselung des Stromverbrauches äußern.

Auch in Bielitz-Biala wurde von den Wirtschaftsverbänden eine ähnliche Aktion eingeleitet. Ein provisorisches Komitee von diesen Verbänden wurde gegegründet, welches nun die Vorarbeiten für diese Aktion traf. Zu diesem Zweck wurde für Mittwoch, den 23. März l. Js., abends 8 Uhr, in den „Schwarzen Adler“ nach Biala eine Protestversammlung der Stromkonsumenten einberufen, bei welcher dieses Komitee Bericht über ihre Vorarbeiten erstattete.

An der Versammlung nahmen gegen 600 Konsumenten teil und waren alle Stände vertreten, wie Kaufleute, Gewerbetreibende und dergleichen. Referate wurden deutsch und polnisch erstattet. Das Komitee, welches vor drei Wochen gebildet wurde, hat nun mit der Direktion des Elektrizitätswerk über die Herabsetzung der Strompreise beraten. Diese Beratung ist allerdings resultatlos verlaufen. Das Werk behauptet, daß wenn es die Preise herabsetzen würde, es mit bedeutendem Defizit arbeiten müßte. Das einzige Entgegenkommen, welches das Werk zeigte, ist, daß es geneigt wäre, die Preise für Haushaltsapparate auf 40 Groschen bei einem Verbrauch bis 10 Kilowatt zu ermäßigen, bei einem Verbrauch über 10 Kilowatt, soll die Kilowattstunde nur 20 Groschen kosten. Für diese Begünstigung ist jedoch die Anschaffung eines separaten Zählers notwendig, welcher sich auf 78 Zloty stellen würde. Dazu kommen noch die Montierungskosten, so daß das Elektrizitätswerk bei dieser Manipulation noch verdienen würde. Wenn man dies als Begünstigung hinnehmen soll, so ist dies nur eine Frozzelei der Konsumenten. Weiters behauptet das Werk, daß es in Wirklichkeit nur 62,4 Groschen für die Kilowattstunde einhebt, da die Differenz auf 78 Gr. den Gemeindekassen zufließt. Und wenn dem auch so ist, so verdient das Werk noch sehr schön, da es den Strom von der Silesia in Czechowice mit 4 Schweizer Cent erhält, was in Zloty umgerechnet 7—8 Groschen ausmacht. Die Leitung sagt weiters, daß bedeutende Fachmänner den Preis kalkuliert hätten und sich daran durchaus nichts rütteln läßt. Die Kalkulation ist jedenfalls eine eigene Sache. Man kann kalkulieren, daß der Strompreis 30 Groschen kosten kann, man kannn jedenfalls auch so kalkulieren, daß die Kilowattstunde auch 1 Zloty kosten kann. Die Verhandlungen sind also wie bereits gesagt, resultatlos verlaufen.

Aus den Referaten, welche deutsch von Red. H. Kleis und polnisch von Herrn Dr. Josef Groß aus Bielitz erstattet wurden, klang es deutlich heraus, daß auch die Intelligenz nicht mehr gewillt ist, sich skrupellos ausbeuten zu lassen und Preise zu zahlen, die durch nichts begründet sind. Das Komitee verlangte eine 35prozentige Ermäßigung der Strompreise mit der Begründung, daß eben auch alle anderen Artikel des ersten Bedarfes bedeutend im Preise gefallen sind. Auch das Licht gehört heute zu einem Artikel des ersten Bedarfes und wird die Konsumentenschaft eben dafür sorgen müssen, daß der Preis für diesen so wichtigen Artikel herabgesetzt wird. In Krakau kostet die Kilowattstunde 60 Groschen, trotzdem die Administrationskosten dort bedeutend höher sind, als bei uns. Auch dort liefert man größere Beträge an die Gemeinde ab. Man hört sogar ganz radikale Worte von den Rednern, die man sonst gar nicht gewöhnt ist, von solchen Intelligenzlern zu hören. Man sagte, daß das radikalste Mittel, welches den Konsumenten zur Verfügung steht, der Streik wäre. Es müßte halt jeder ein Opfer der Bequemlichkeit bringen, denn ohne Opfer ist durchaus nichts zu erreichen. Mit dem Opfer der Bequemlichkeit müssen wir vorläufig den Kampf gegen diese Wucherpreise, die von dem Elektrizitätswerk diktiert werden, aufnehmen.

An der anschließenden Debatte beteiligten sich mehrere Versammlungsteilnehmer, welche alle die Ansicht vertraten, daß man unbedingt den Kampf gegen die hohen Strompreise aufnehmen muß. Eine Resolution, welche besagt, daß die Drosselung des Verbrauches das vorläufige Kampfmittel zur Erreichung niedrigerer Preise sein soll, wurde einstimmig angenommen.

Es wurden mehrere Mitglieder des Komitees beauftragt, am Donnerstag vormittag bei den zuständigen Magistraten und Bezirkshauptmannschaften vorstellig zu werden, damit diese Aktion von den gesetzgebenden Körperschaften unterstützt wird. Nach zweistündiger Dauer wurde die Versammlung geschlossen. Wir werden auf diese Angelegenheit noch zurückkommen.

Bielitz und Umgebung

Arbeitsgesetzgebung.

Die Tätigkeit des polnischen Arbeitsministeriums im Jahre 1931.

Der polnische Arbeitsminister hat dem Haushaltsausschuß des Senats einen Bericht über die Tätigkeit seines Ministeriums im Jahre 1931 vorgelegt. Wie das Internationale Arbeitsamt dazu mitteilt, sind im Berichtsjahre wesentliche Ersparnisse gemacht worden, die bei den Personalausgaben 24,4 Prozent und bei den sachlichen Ausgaben 25,1 Prozent betragen. Auf dem Gebiete der Arbeitsaufsicht sind bemerkenswerte Fortschritte erzielt worden, insbesondere auf dem Gebiete der Einschränkung der Ueberstunden zur Linderung der Arbeitslosigkeit. Die Einschränkungen der Beschäftigung von Frauen und Kindern haben sich noch nicht ausgewirkt. Man hofft jedoch, durch diese Maßnahme für 36 000 Familienväter Arbeitsplätze zu schaffen. Ferner wurde der Entwurf eines Tarifvertragsgesetzes aufgestellt. Das ärztliche Versorgungswesen der Invaliden ist rationalisiert worden, jedoch ohne daß die erzielten Ersparnisse auf Kosten der Gesundheit der Beschädigten gehen. Die Einschränkung der Kredite für den Kinderschutz hat leider ungünstige Auswirkungen auf die Erziehung und die Gesundheit der Kinder gehabt. Das Ministerium ist bestrebt, die Folgen zu lindern. Der Bericht enthält weiter Unterlagen über die Arbeitslosigkeit, das Wanderungswesen und die Sozialversicherung.

Die Berichte hören sich sehr schön an, aber in Wirklichkeit schaut es tottraurig aus. Die Ersparnisse, welche gemacht wurden, sind nur dem Unternehmertum zugute gekommen, da die Kontrolle der Betriebe durch die Arbeitsinspektoren sehr viel zu wünschen übrig läßt. Das Ueberstundenunwesen nimmt immer mehr überhand; da die Regierung eine Reduzierung der Ueberstundenvergütung von 50 Prozent beantragt. Zugleich wird auch ein Abbau der Sozialgesetzgebung geplant. Alles was in dem Tätigkeitsbericht des Arbeitsministeriums berichtet wird, ist nur für das Ausland bestimmt, damit dasselbe zur Ansicht hinneigt, was für rosige Verhältnisse in Polen sind. Der am 16. März 1932 stattgefundene Generalstreik in Polen war ja der Protest gegen die fortwährenden Anschläge auf die Arbeiterrechte und die Sozialgesetzgebung.

Stadttheater Bielitz.

In der Karwoche bleibt das Theater geschlossen. Ab Freitag, den 25. März 1932 beginnt der Kartenverkauf für die Oster-Vorstellungen.

Oster-Sonntag, den 27. März, nachm. 4 Uhr, eine Kindermärchen-Vorstellung: „Schneewittchen und die sieben Zwerge“, Märchenspiel mit Gesang und Tanz in 7 Bildern von Emil und Leontine Janko. Kinderpreise!

Oster-Sonntag, den 27. März, abends 8 Uhr, die erste Wiederholung von: „Sensation“, Schauspiel in 3 Akten von John Galsworthy.

Oster-Montag, den 28. März, nachm. 4 Uhr, Kindermärchen-Vorstellung: „Schneewittchen und die sieben Zwerge“, Märchenspiel mit Gesang und Tanz in 7 Bildern von Emil und Leontine Janko. Kinderpreise!

Oster-Montag, den 28. März, abends 8 Uhr, zu billigen Preisen: „Die lustigen Weiber von Windsor“, Lustspiel in 5 Akten von William Shakespeare.

In Vorbereitung: „Die Braut von Torozko“ von Otto Indig. Der Riesenerfolg des Josefstädter Theater in Wien.

Volksbühne Biala-Lipnik, veranstaltet am 1. Osterfeiertag, den 27. März 1932, um 6 Uhr abends, im Saale des Arbeiterheimes in Bielsko die Wiederholung der Operette „Wo die Lerche singt . . .“, wozu alle Freunde und Gönner freundl. eingeladen werden. Nach Schluß der Operette Tanz. Regie: Gürtler A. Musikalische Leitung: Tadeusz Woliczko. Entree im Vorverkauf 1,50 Zloty, an der Kasse 2,00 Zloty, für Arbeitslose 1,00 Zloty.

Kasseneinbruch bei der Zuckerbank in Biala. In der Nacht zum 23. d. Mts. drangen unbekannte Täter in die Bialaer Niederlassung der polnischen Zuckerbank ein, wobei sie den Kassenschrank aufbrachen und einen vorhandenen Geldbetrag von 7231 Zloty mitnahmen. Die Einbrecher drangen vom Hofraum in das Gebäude und öffneten die Tür zum Kassenraum mit einem Nachschlüssel. Der Kassenschrank wurde von den Einbrechern in seiner Seitenwand zweimal angebohrt und die Verkleidung mit einer starken Stahlschere aufgeschnitten. Die Oeffnung der Tressorwände wurde auf dieselbe Weise durchgeführt, wobei den Dieben obengenannter Betrag in die Hände fiel. Die Einbrecher konnten unangefochten verschwinden. Es fehlt jede Spur von ihnen.

Generalversammlung der deutschen Theatergesellschaft in Bielsko. Am Freitag, den 18. d. Mts. fand im Lokale des Bielitzer Industriellenverbandes die diesjährige Generalversammlung statt, auf deren Tagesordnung die Frage der Besetzung des Direktorpostens für die kommende Saison als wichtigster Punkt verhandelt wurde. Nachdem sich die Versammlung aus dem von H. Ing. Wolfgang Josephy vorgelesenen Tätigkeitsberichte von der umsichtigen künstlerischen und administrativen Leitung durch H. Dir. Ziegler überzeugen konnte, wurde beschlossen, auch für die künftige Saison mit H. Direktor Ziegler zu verhandeln. Um den Kontakt des Publikums mit dem Theater enger zu gestalten, wurde aus den verschiedensten Kreisen der Bevölkerung zehn Vertreter gewählt, welche als Beirat dem Aufsichtsrat angegliedert wurden und eventuelle Wünsche und Beschwerden der Bevölkerung unter Vermeidung des öffentlichen Weges der Direktion resp. der Geschäftsleitung übermitteln sollen. In diesem Beirat erscheint die Arbeiterklasse durch Gen. Fachlehrer Müller vertreten. Was die kommende Spielzeit anbelangt, plant man neben der Aufführung von Sprechstücken, auch die Aufführung kleiner Operetten und Singspiele, was durch Engagement eines kleinen Jazz-Orchesters, sowie einer Sängerin, Soubrette und eines sogenannten singenden Bonvivant ermöglicht werden soll. Die Preise der Plätze erfahren hierdurch keinerlei Erhöhung, es wird im Gegenteil bei einzelnen Sitzkategorien noch ein kleiner Preisabbau vorgenommen werden. Da unser Theater trotz der krisenhaften Zeit und eines künstlerisch weit über dem Durchschnitt stehenden Niveaus in heuriger Saison mit einem Aktivsaldo abschließen dürfte, so besteht die Gewähr, daß es auch im kommenden Jahre gelingen wird, den Fortbestand des Theaters zu sichern, vorausgesetzt, daß die deutsche Bevölkerung sich bewußt sein wird, was für ein Kulturgut es im deutschen Theater besitzt.

Bezirkskonferenz der Jugendlichen. Am Sonntag, den 20. d. M. fand um 9 Uhr vorm. im Alexanderfelder Arbeiterheim die Jahresbezirkskonferenz der Jugendlichen der D. S. A. P. statt. Der Obmann, Gen. Fabisch, begrüßte die zahlreich Erschienenen, insbesondere den Semabgeordneten Gen. Kowoll aus Kattowitz, sowie Parteisekretär Gen. Lukas und Gen. Boszczik von der Parteileitung der D. S. A. P. und gab die Tagesordnung bekannt. Das Protokoll der letzten Konferenz sowie die Berichte der einzelnen Funktionäre wurden zur Kenntnis genommen. Zu dem ausführlichen Bericht, den der Obmann über die Tätigkeit erstattete, wäre noch zu bemerken, daß die Wirtschaftskrise auf dieselbe auch lähmend wirkt. Ueber den Tätigkeitsbericht entspann sich eine Debatte, an welcher sich mehrere Jugendgenossen beteiligten. Seitens der Revisoren wurde nach dem Bericht über die durchgeführte Revision und Richtigbefund der Kassagebahrung, der Antrag auf Erteilung des Absolutoriums durch Erheben von den Plätzen gestellt, was auch geschah. Die Neuwahl der Bezirksleitung wurde per Akklamation vorgenommen. Nach längerer Debatte wurde die Bezirksleitung den Bielitzer Jugendgenossen übertragen. Genosse Kowoll appelliert an die Jugendgenossen in der Organisationsarbeit nicht zu erlahmen, sondern eifrig für die Aufklärung unter den Jugendlichen zu sorgen. In seinem weiteren Referat schildert der Redner die Begebenheiten aus der letzten Zeit erläutert, deren Wichtigkeit für die Arbeiterklasse und erinnert an die Aufgaben und Pflichten der Jugendorganisation. Das Referat wurde mit Beifall aufgenommen. Nach dem Referat entspann sich wieder eine lebhafte Debatte, an welcher sich zahlreiche Jugendliche beteiligten. Es wurden auch verschiedene Organisationsfragen und Vereinsangelegenheiten besprochen. Nach erschöpfter Tagesordnung schloß der Obmann die Konferenz mit dem Gruß: „Freundschaft“.

Neue Brotpreise in Biala. Die Preisprüfungskommission beim Bialaer Magistrat hat ab 9. März 1932 folgende Preise für Brot und Semmeln festgesetzt: Für 1 Kilogramm Kornbrot bei 65prozent. Ausmahlung detail 42 Gr. Für 1 Kilogramm Kornbrot bei 70prozent. Ausmahlung detail 35 Gr. 1 Wassersemmel 6 dkg. schwer 5 Groschen. 1 Wassersemmel 12 dkg. schwer 10 Groschen. Die Ueberschreitung obiger Preise wird nach den gesetzlichen Bestimmungen streng bestraft. Dabei muß bemerkt werden, daß die Preise für Gebäck in Biala gewöhnlich niedriger sind, wie in Bielitz. Speziell die Semmeln, sind fast um 3 dkg. per Stück leichter wie in Biala und kosten denselben Preis! Wieso kommt das?

Schimpfen nutzt nichts

wenn Du auf der einen Seite über die miserablen Lebensverhältnisse schimpfst, wenn Du dann aber doch

bürgerliche Zeitungen unterstützt.
Wo bleibt dann die Konsequenz?

Es gibt **nur eine Zeitung in Bielitz,** die sich der Not der arbeitenden Bevölkerung annimmt

„Die Volksstimme“

für das Bielitz-Bialaer Industriegebiet.

Aus der Gemeindestube in Alexanderfeld.

Am Mittwoch, den 16. März l Js. fand unter dem Vorsitz des Gemeindevorstehers Genossen Karch Johann die 19. Gemeindeausschußsitzung statt. Nachdem der Vorsitzende die ordnungsgemäße Einberufung und Beschlußfähigkeit konstatierte, verlas der Sekretär das Protokoll der 18. G.-A.-Sitzung, welches vollinhaltlich genehmigt wurde.

1. Berichte und Einläufe. Der Gemeindevorsteher berichtet, daß am 22. Februar 120 Zloty an 17 Personen verteilt wurde. Dieses Geld war von der Wojewodschaft durch die Bezirkshauptmannschaft d. Gemeinde zugewiesen. Eine Baubewilligung erhielt H. Klimscha Fr. zur Erbauung eines Holzhauses. Dem G.-A.-Mitglied H. Flügel Otto wurde anläßlich seines 40. Geburtstages ein Gratulationsschreiben übersandt.

2. Verlesung des Revisionsberichtes. Der Gemeindevorsteher berichtet, daß am 24. und 25. Februar seitens der Bezirkshauptmannschaft durch H. Adamczyk in der Gemeinde eine Revision durchgeführt wurde. Die Bezirkshauptmannschaft hat das Revisionsprotokoll bereits eingesandt und wird dasselbe verlesen. Der Bericht wird befriedigend zur Kenntnis genommen.

3. Genehmigung von Steuerstatuten. Ueber Antrag des Ortsarbeitslosenkomitees wird beschlossen, eine Besteuerung der Wohnungen und gewerblichen Räumlichkeiten pro 10 Groschen monatlich einzuheben, ferner beim Verkauf von alkoholischen Getränken von 1—5 Zloty 10 Groschen und darüber 20 Groschen. Diese Gelder überweist die Gemeinde dem Ortsarbeitslosenhilfskomitee. Weiter wird ein Statut beschlossen betreffs der Administrationabgaben.

4. Ausgabe von Lebensmitteln an die Arbeitslosen. Die soziale Fürsorge-Sektion beantragte, daß aus Gemeindemitteln vor den Feiertagen den Arbeitslosen Lebensmittel gegeben werden sollen; der Antrag findet einstimmige Annahme und soll dasselbe Quantum gegeben werden, wie zu den Weihnachtsfeiertagen. Die Verteilung wird die soziale Fürsorgesektion mit dem Ortsarbeitslosenhilfskomitee durchführen.

5. An den Heimatsverband wird aufgenommen Gansel Amalie. — Nachdem unter Allfälligem verschiedene kleinere Angelegnheiten erledigt wurden, erfolgte Schluß der Sitzung.

Wo die Pflicht ruft!“

Wochen-Programm des Vereins Jugendl. Arbeiter, Bielsko.

Freitag, den 25. März l. Js., um 8 Uhr abends: Theatergemeinschaft.

Sonntag, den 27. März l. Js., um 5 Uhr abends: Spiel- und Tanzabend.

Mitglieder werden bei jeder Veranstaltung aufgenommen.

Die Vereinsleitung.

Altbielitz. (Voranzeige.) Der Arbeitergesangverein „Gleichheit“ in Altbielitz veranstaltet am Ostersonntag in den Gasthauslokalitäten des Herrn Andreas Schubert in Altbielitz seine Frühlings-Liedertafel mit reichhaltigem Programm. Die Brudervereine werden ersucht, sich diesen Tag freizuhalten.

Aleksandrowice. (Voranzeige.) Der Verein jugdl. Arbeiter in Aleksandrowice veranstaltet am 9. April l. J. in den Lokalitäten des Herrn Walloschke ein Frühlingsfest, verbunden mit gesanglichen sowie deklamatorischen Vorträgen und erlaubt sich schon heute seine geehrten Freunde und Gönner zu demselben auf das herzl. einzuladen.

Der Vorstand.

„Der Leipziger Hochverratsprozeß“

Am 11. März 1872 begann, am 26. März endete vor den Leipziger Geschworenen eine Verhandlung, die eine wichtige Etappe in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bezeichnet: der Hochverratsprozeß gegen **August Bebel** und **Wilhelm Liebknecht**.

Schon als sich bei Ausbruch des deutsch-französischen Krieges die beiden unerschrockenen Führer der jungen sozialdemokratischen Partei bei Bewilligung der Kredite der Stimme enthielten, hatte Bismarck die Stirn gerunzelt, und sein Unwille wuchs, als sie nach Sedan ungescheut für einen billigen Frieden mit der französischen Republik warben und gegen die geplante Eroberung Lothringens und des Elsaß auftraten. Zwar drohte der mächtigen deutschen Kriegsmaschine von dieser Propaganda nicht die mindeste Gefahr, denn Bebel und Liebknecht hatten nur ein winziges Häuflein Angehöriger hinter sich, u. auf den hochgehenden Wogen der patriotischen Begeisterung schlingerte das Boot der als „unpatriotisch“ verschrieenen Arbeiterpartei bedenklich hin und her. Aber daß sich überhaupt ernsthafter Widerspruch gegen seine geniale Politik erhob, erbitterte den Gewaltmenschen Bismarck; aus dem Hauptquartier Versailles ergingen immer dringendere Weisungen in die Heimat, den beiden das Handwerk zu legen. Da Bebel und Liebknecht in Leipzig wohnten, waren die kgl. sächsischen Behörden zuständig, und auf die Dauer ließen sie sich auch nicht lumpen: am 17. Dezember 1870 wurde der eine wie der andere verhaftet. Aber der anfangs sehr voreingenommene Untersuchungsrichter fand so wenig Arg an ihnen, daß er Antrag auf Niederschlagung des Verfahrens stellte, und wenn dem auch nicht entsprochen wurde, so sahen sich Bebel und Liebknecht doch am 28. März 1871 wieder auf freiem Fuße.

Wenige Tage zuvor hatte Bismarck bei Eröffnung des ersten deutschen Reichstags den sächsischen Abgeordneten von Schwarze angesprochen: „Nun, Herr Generalstaatsanwalt, was wird denn aus dem Prozeß Bebel und Genossen?“ und hatte auf die achselzuckende Antwort: „Gar nichts wird!“ geknurrt: „Dann hätte man die Leute auch nicht einstecken sollen; jetzt fällt das Odium auf uns.“ Daß der mächtigste Mann im Reiche die Verurteilung der beiden „Verbrecher“ wünschte, war damit so unzweideutig wie nur möglich ausgedrückt. Gleichwohl wäre das Verfahren vielleicht im Sande verlaufen, wenn sich die Angeschuldigten fürderhin als artige Kinder erwiesen und kusch verhalten hätten, aber Liebknecht, der hochgemute „Soldat der Revolution“, dachte nicht im Traume daran, und Bebel nutzte als einziger Abgeordneter seiner Partei erst recht die Gelegenheit, im Reichstag dem monarchistischen und kapitalistischen Obrigkeitsstaate mit Hieb und Stich zu Leibe zu gehen. Namentlich daß er über die Toten der Pariser Kommune, die als vermeintlicher Beginn der allgemeinen „Expropriation der Expropriateurs“ alle Besitzbürger in Heulen und Zähneklappern warf, schützend das Fahnentuch der deutschen Arbeiterpartei breitete, verschaffte ihm bei dem Reichskanzler alles andere als einen Stein im Brett, und am 21. Juli 1871 erhob der Staatsanwalt die formelle Anklage wegen Vorbereitung zum Hochverrat.

Am Richtertische präsidierte der Bautzener Bezirksgerichtsdirektor von Mücke, ein Hüne mit auffallend niederer Stirn, den Bebels Höflichkeit „naiv bis zur Bewußtlosigkeit“ nannte. Die Geschworenen bestanden aus Rittergutsbesitzern und -pächtern Kaufleuten und Oberförstern die samt und sondern von der Gottgewolltheit der bürgerlichen Eigentumsordnung tief durchdrungen waren. Auf der Anklagebank aber saß mit Bebel, Liebknecht und dem jungen „Volksstaat“-Redakteur Hepner die ganze Weltanschauung des Sozialismus. Denn gegen Meinungen, nicht gegen Taten ritt hier die Justiz Attacke. Das „Doppelverbrechen“ der Angeklagten definierte Liebknecht ironisch dahin, daß sie die Bourgeoiswelt nicht für die beste der Welten hielten und der Ansicht waren, die Menschen seien für etwas Besseres da, als einander die Hälse abzuschneiden. Um den Geschworenen die Strafbarkeit dieser Gesinnung recht vor Augen zu führen, wurde ein ganzer Sack revolutionärer und sozialistischer Literatur vor ihnen ausgeschüttet; Aufrufe, Programme, Kongreßberichte und -beschlüsse, Anträge, Zeitungsartikel, Broschüren, Gedichte kamen von A bis Z zur Verlesung, ein Material, mit dessen Ursprung und Verbreitung entweder die Angeklagten nicht das geringste zu schaffen hatten, oder das schon Jahre und Jahrzehnte, von den Behörden ungehindert, im Umlauf gewesen war. Daraus einen Schuldbeweis zurechtzufinden, mußte es sich der Staatsanwalt Hoffmann mehr als sauer werden lassen, aber als er seine pathetische Rede schloß: „Wenn Sie die beiden Angeklagten nicht verurteilen, dann sanktionieren Sie für immer den Hochverrat“, waren die Geschworenen hinreichend geknetet und gelangten, während sie bei Hepner die Schuldfrage verneinten, mit acht gegen vier Stimmen zu einem Schuldspruch. Das Gericht verhängte darauf gegen Bebel und Liebknecht zwei Jahre Festungshaft.

Allerdings war das Echo dieses ausgesprochenen Tendenzurteils bei der Oeffentlichkeit anders, als die Gewalthaber erwartet hatten. Wer auch im Lager des Bürgertums noch ein wenig aufrechte politische Gesinnung bewahrte, schmähte den Fehlspruch; die „Frankfurter Zeitung“ redete unverhohlen von einem „Racheakt der Bourgeoisie“, der Bebel und Liebknecht im Namen des Proletariats den Krieg angesagt hätten, und der alte ehrliche Demokrat Johann Jacoby wußte seine Empörung nicht schlagkräftiger auszudrücken als durch seinen Uebertritt zur Sozialdemokratischen Partei. Darin offenbarte sich schon ein Teil der agitatorischen Wirkung des Prozesses. Im Parlament hatte die Sozialdemokratie noch kaum Gelegenheit gehabt, ihre Grundsätze eingehend zu entwickeln, aber die Leipziger Verhandlung gestaltete sich für die aufhorchende Welt zum anschaulichsten und einprägsamsten Kolleg, in dem der Sozialismus vierzehn Tage lang seine Prinzipien klarlegte, seine Ziele entschleierte und seine Daseinsberechtigung und Notwendigkeit nachwies. Darum wurde in zwölf Heften der Prozeßbericht mit allen Urkunden darunter das Kommunistische Manifest und die Inauguraladresse, eine der wichtigsten Werbeschriften der jungen Sozialdemokratie verbreitet und stellt noch heute eine nicht zu übergehende Quellensammlung unserer Bewegung dar.

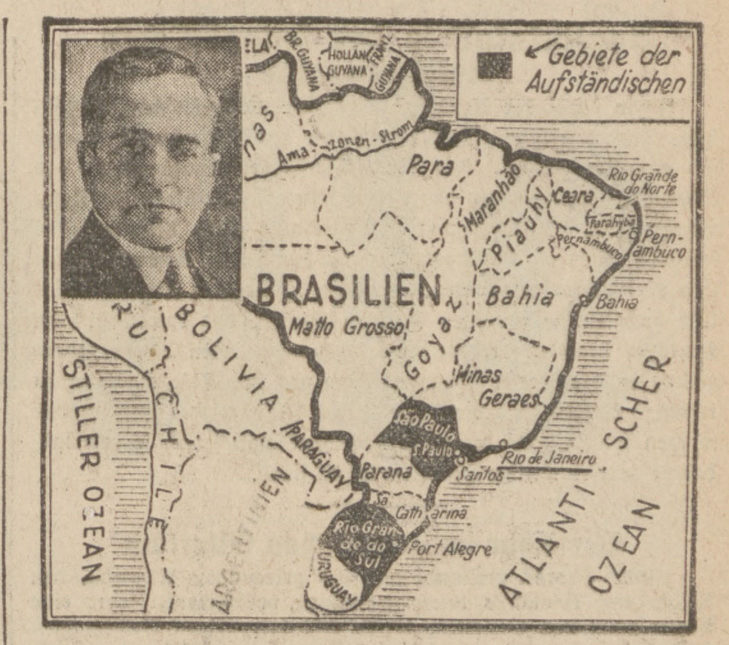
Darüber hinaus entbehrt der Leipziger Prozeß nicht der Bedeutung für die Gegenwart. Nicht freilich, weil heute die Justiz der Republik aus den wirklich hochverräterischen „Boxheimer Dokumenten“ nichts zu machen weiß, während damals die Justiz der Monarchie aus nichts eine Hochverratsanklage und -verurteilung zu machen wußte, sondern weil die Sozialdemokratie 1872 von ähnlicher Hetze umtost war wie 1932. Millionen aufgeputscher und ahnungsloser Bürger schworen darauf, daß Bebel und Liebknecht nur durch ihre Verhaftung am teuflischsten Landesverrat verhindert worden seien, indem sie planten, die französischen Kriegsgefangenen zu befreien und an ihrer Spitze den siegreichen deutschen Truppen in den Rücken zu fallen. Dieser vollendete Wahnsinn fand ebenso Glauben wie die „Dolchstoß“-Legende von heute, die auch vollendeter Wahnsinn ist. Aber obwohl sie nur eine verschwindende Minderheit hinter sich hatten, hielten Bebel und Liebknecht in dem Orkan von Haß und Verleumdung die Ohren steif und leerten am Abend der Leipziger Verurteilung vergnügt ihre Flasche Wein auf die Zukunft, von der sie wußten: sie gehört ihnen, gehört der Sozialdemokratie!

Hermann Wendel.



Die Kanalbezwingerin Mercedes Gleitze schwamm neuen Weltrekord

Miß Gleitze, die berühmte englische Dauerschwimmerin, die den Aermelkanal und die Dardanellen durchschwamm, hat mit der phantastischen Zeit von 46 Stunden einen neuen Dauer-Schwimm-Weltrekord aufgestellt.



Brasilien steht wieder vor einer Revolution

Karte Brasiliens mit den Staaten Rio Grande do Sul und Sao Paulo, die sich wie im Oktober letzten Jahres wiederum gegen den brasilianischen Staatspräsidenten Getulio Vargas (Porträt oben links) empört haben. Der Aufstand im Oktober konnte nur nach schweren Kämpfen niedergeworfen werden.

Kampf um den Himalaja

Die heroische Geschichte der Expedition Bauer

Die zweite deutsche Himalaja-Expedition unter Leitung des Müncheners Paul Bauer, die es sich zur Aufgabe gemacht hatte, den dritthöchsten Berggipfel des Himalaja, den 8557 Meter hohen Kantschindschinga, zu ersteigen, ist von den Gewalten dieser ungeheuerlichen Gebirgswelt bezwungen worden. 655 Meter unter dem erstrebten Ziele mußte sie umkehren. Eine steile Gebirgswand hatte sich unüberwindlich vor ihnen aufgereckt. Die Kräfte reichten nicht mehr aus, sie zu umgehen, die Lawinen- und Schneesturmgefahren waren zu groß geworden. Damit ist die Geschichte des Kampfes um die höchsten Berggipfel der Welt um ein neues Kapitel bereichert worden, das, wie alle früheren, mit einem Mißerfolg abschließt.

Bei dem Ansturm der deutschen Expeditionsteilnehmer im Jahre 1929 gelang es, eine Höhe von etwa 700 Meter zu erreichen. In diesem Jahre wurde diese Leistung um rund 900 Meter überboten. Bis zu einer Höhe von 7902 Meter sind die kühnen Bergsteiger unter den ungünstigsten Verhältnissen mit einem unerhörten Willensaufwand vorgedrungen; die Geschichte der Himalaja-Expeditionen ist auch immer eine Geschichte menschlicher Willenskraft, Ausdauer und Leistungsfähigkeit gewesen, und dem Tatendrang mutiger Forscher sind in diesem Teil der Erde auf lange Zeit hinaus noch keine Schranken gesetzt.

Das Himalajagebiet zählt nicht weniger als 13 Gipfel über 8000 Meter Höhe, 35 sind über 7500 Meter hoch und rund 50 immer noch über 7000 Meter. Lange Zeit wurde der Gaurisankar als der höchste Berg der Welt bezeichnet. Er hat diesen Ruf an den Mount Everest abtreten müssen, den die Eingeborenen Tschomo-Lungma nennen und der eine Höhe von 8880 Metern hat. Der zweitgrößte Gipfel, der Tschogo-Ri im Karakorumhimalaja, mißt 8610 Meter. Auch er wurde schon von Oesterreichern, Engländern und Italienern lange und vergeblich belagert. Der Gaurisankar aber hat nur, wie genauere Messungen ergeben haben, eine Höhe von 7140 Metern.

Mit welchen Schwierigkeiten der Forscher in diesen Gebieten zu rechnen hat, mußten bereits die drei Bilder Schlaginweit erfahren, die es als erste in den Jahren 1855 bis 1857 unternahmen, in diese unwirtlichen Regionen vorzudringen. Adolf, der eine dieser Brüder, wurde bei einem blutigen Aufstand in Kaschgar enthauptet. Er hatte die Absicht gehabt, über Hochasien nach Sibirien vorzudringen. 1892 versuchtee der Engländer William Martin Conway einen Vorstoß ins Karakorumgebirge. Ihm folgten noch viele andere. Als der beste Kenner des Himalaja gilt in Europa der englische General Charles Granville Bruce,

der nicht weniger als 20 Jahre in der höchsten Gebirgswelt der Erde lebte und sich als wagemutiger Bergsteiger betätigte.

Er war auch der Leiter der englischen Himalaja-Expedition von 1922, an der sich hervorragende Bergsteiger und ausdauernde Männer wie Longstaff, Finch und Mallory beteiligten. Insbesondere verdanken wir Finch ausgezeichnete Berichte über diese Unternehmung, die die Schwierigkeiten eindringlich, aber ohne Uebertreibung schildern.

Die Vorbereitungen zu dieser Expedition wurden mit größter Sorgfalt betrieben. Ueber den beim Aufstieg zu wählenden Weg hatten die Erkundungen des Jahres 1921 und die Arbeiten anderer Forscher Aufschluß gegeben. Aber trotz der glänzendsten Vorbereitung, trotz der Wahl der besten Männer konnte das Ziel nicht erreicht werden. Schneewehen, eisige Kälte und nicht zuletzt Stürme von unerhörter Stärke vereitelten das Unternehmen. Finch schreibt:

„Hätten diese eiskalten Stürme unser Zelt noch stärker gepackt, dann würden sie uns mit ihm zusammen in die vielen tausend Fuß tiefen Abgründe des Rongbuckgletschers geschleudert haben. Wir kämpfen um unser Leben ...“ Als der Sturm etwas nachließ, waren die Teilnehmer völlig erschöpft.

„Mit Hilfe von Spiritus,“ so berichtet Finch weiter, „schmolzen wir den Schnee und kochten uns etwas Warmes. Aber einen wirklich heißen Trank konnten wir nicht erzielen,

denn in dieser Höhe kocht das Wasser schon bei einer so niedrigen Temperatur, daß man ruhig die Hand hineinhalten kann,

ohne sich zu verbrennen.“

Der Berg schlug den Angriff ab. Es gab Todesopfer: Lawinen rissen eine Trägergruppe in die Tiefe, die Bergkrankheit packte die Tüchtigsten. Die Expeditionsteilnehmer mußten endlich froh sein, daß ihnen der Abstieg gelang, der hier oft noch schwerer ist als der Aufstieg. Dabei wurde der Rückzug schließlich zur Flucht. Die Berggeister saßen ihnen im Nacken, das Grauen, das die Eingeborenen zur tiefsten Ehrfurcht gegen die Gewalten der schneebedeckten Höhen zwingt, hatte auch sie ergriffen. Naturgewalten erwiesen sich wieder einmal stärker als der härteste Wille kampferprobter Menschen.

Die deutsche Bauer-Expedition dieses Jahres hatte im Juni Europa verlassen. Von Kalkutta aus zog die Expedition nordwärts. Mit 160 Trägern und ausgezeichneter Ausrüstung brachen die Teilnehmer von Lacheng aus auf, um den Kampf mit dem Kantschindschings aufzunehmen. Regen hinderte den Weitermarsch. Krankheiten stellten sich ein, trotzdem wurde der Weg zu den steilen Höhen fortgesetzt. Am 9. August ereignete sich ein furchtbarer Unglücksfall: der Deutsche Hermann Schaller und ein eingeborener Träger stürzten in eine tiefe Schlucht und fanden in Schnee und Eis ihr Grab.

Die eingeborenen Träger tuschelten untereinander:

die Geister des Berges sind gegen die verfluchten Fremden.

Sie wollten nicht mehr weiter, sie fürchteten die Strafe der Götter. Erst nach langem Hin und Her gelang es, sie wieder zu beruhigen.

Bedrückt, aber nicht entmutigt, zieht die Expedition weiter. Schneestürme umbrausen sie, aber sie hofft, ihr Ziel erreichen zu können. Die Kräfte lassen nach, die Luft wird zu dünn zum Atmen. Die Sauerstoffgeräte sind schwer zu tragen. Die Kälte ist entsetzlich. Langsam, Schritt um Schritt geht es aufwärts, bis der Berg ihnen eine steile, schroffe Wand entgegenstellt, die jedem weiteren Vordringen energisch Halt gebietet.

Das Unternehmen ist gescheitert. Die höchsten Spitzen des Himalaja sind gut verteidigte Festungen. Wann werden sie fallen?

Unermeßliche Reichtümer in Indien

Es ist bekannt, daß die große Masse des indischen Volkes bettelarm ist, sonst würde sie nicht so dringend „Swaray“, d. h. Selbstverwaltung, verlangen, zu der Gandhi sein Volk jetzt führen will. Die Maharadschas, Radschas, Nisams und Gaekwars verfügen über einen Reichtum, der die Märchen aus Tausendundeiner Nacht zu verwirklichen vermag u. die meisten Filme aus Ostasien noch in den Schatten stellt.

Der Gaekwar von Baroda besitzt so viele Edelsteine und Perlen, daß er zur Aufbewahrung ein eigenes „Paschikama“, das heißt Haus der Edelsteine, errichten ließ. Sachverständige haben ein einziges seiner Perlenkolliers auf sechs Millionen Mark geschätzt. — Der Reichtum des verstorbenen Nisams von Haderabad ist geradezu sprichwörtlich geworden. Der Vorrat an reinem Gold und an anderen Edelmetallen, die er in seiner Residenz King Kohli angehäuft hatte, geht über den Wert von 35 Millionen Pfund Sterling (700 Millionen Mark) hinaus. Bei seinem Tode fand man auf seinem Schreibtische einen Briefbeschwerer, den man zuerst für ungeschliffenes Glas hielt; doch stellte sich bei näherer Untersuchung heraus, daß es ein ungeschliffener Diamant von hohem Wert war. — Der Maharadscha von Johpur ließ von Bombay, das einige hundert Meilen von seiner Residenz entfernt gelegen ist, einen Friseur kommen, der 600 Pfund Sterling erhielt, um ihm einen richtigen Scheitel zu ziehen; außerdem erhielt der Friseur 15 Pfund Sterling Reisekosten und für jeden Tag Aufenthalt in Johpur noch 6 Pfund Sterling. — Berühmt ist das Waffenzimmer des Maharadschas von Alwar, das die seltenste und kostbarste Sammlung der Waffenschmiedekunst enthält: Hunderte von Schwertern mit goldenen, mit Juwelen besetzten Griffen. Die Scheiden der schönsten Schwerter sind von der Spitze bis zum Griff mit Perlen besetzt. Die Speisetafel dieses Fürsten ist von massivem kostbarem Marmor. In seiner Bibliothek befindet sich eine Kopie des „Gullistan“, des Rosengartens des persischen Dichters Saadi, eine Anekdotensammlung in Prosa und in Versen, reich illustriert, jeder Buchstabe ein Kunstwerk der Kalligraphie, das auf rund 1 300 000 Mark Wert geschätzt wird. In den mit eisernen Bändern beschlagenen Gefächern aus kostbarem Tiekholz in seiner Schatzkammer liegen Goldbarren, funkelnde Smaragden und Diamanten von einem Wert, mit dem man alle internationalen Schulden der Völker begleichen könnte. Die außerordentlichen Vermögen gestatten den Fürsten auch, größte Ausgaben zu machen. So verlor vor einiger Zeit der Maharadscha von Gwalior in einem Prozesse mit einem Rennstallbesitzer in Kalkutta die Summe von 240 000 Pfund Sterling, wozu noch die enormen Gerichtskosten kommen. Einer der reichsten indischen Fürsten, Sir Hari Singh, der Maharadscha von Kaschmir, hat ein Vermögen von 12 Millionen Pfund Sterling und ein jährliches Einkommen von mehr als einer Million.

M. N.

Unglücksfall in der französischen Kriegsmarine

Paris. Bei der Uebergabe des Kommandos eines französischen Torpedobootszerstörers im Hafen von Toulon ereignete sich ein Unglücksfall, der einem Zerstörerkommandanten und einem Marineingenieur das Leben kostete. Der bisherige Kommandant des Zerstörers war in Begleitung eines Telegraphisten in einem Boot an Land gegangen um den neuen Kommandanten und einen Marineingenieur an Bord zu holen. Bei der Rückkehr gerieten sie in einen heftigen Sturm, der das Boot zum Kentern brachte. Einem sofort herbeigeeilten Rettungsboot gelang es, die beiden Kommandanten und den Telegraphisten zu retten, während der Marineingenieur nicht wieder aufgefunden werden konnte. Der neue Kommandant war jedoch so erschöpft, daß er bereits wenige Minuten später starb.

Der Chor im griechischen Altertum

Unter Choros verstand man im griechischen Altertum den Reigentanz, besonders den mit Gesang verbundenen, oder eine Vereinigung von Personen, welche mit tanzartigen Bewegungen ein Lied vortrug oder auch ohne Gesang einen Reigentanz aufführte. Der Chor ist religiösen Ursprungs, Tanz und Gesang erfolgten zu Ehren einer Gottheit.

Ab 1100 v. Chr. fand die chorische Poesie bei den Volksstämmen Griechenlands höchste Förderung. Das dauerte etwa 7 Jahrhunderte. Vorwiegend stand sie im Dienste des Gottes Dionysos, den wir mehr unter dem populären Namen Bacchus kennen. Es war der Gott des Wachstums, der Triebkraft der Natur. Ihm zu Ehren wurden Altäre gebaut und im Frühjahr in der Blütezeit und im Herbst zur Zeit der Weinlese prächtige Feste gefeiert. Dabei wurden Chöre aus 50 Personen gebildet. Sie bewegten sich im Reigen um den Altar und sangen zur Flöte Lieder. Diese Lieder behandelten in gesteigerter Empfindung die Taten und Leiden des Gottes Dionysos; man nannte sie Dithyramben. Allmählich ging man dazu über, auch andere Stoffe aus Götter- und Heldensagen für die Gesänge zu verwerten.

Um eine plastischere Darstellung zu erzielen, stellte man dem Chor eine einzelne Person gegenüber, die bald in längerer Erzählung, bald im Wechselgespräch oder Gesang mit dem Chor und dem Chorführer sich zu betätigen hatte. So entstand aus den Dithyramben das Drama, speziell die Tragödie, die zu einem Hauptmoment der dionysischen Feste wurde. Der Chor blieb. Er bestand aus 12 bis 15 Personen, zumeist Bürgern der Stadt, in welcher das Drama zur Aufführung gelangte. Während des Einstudierens des Stückes und bei der Aufführung wurde der Chor von einem Spender, der eine Ehrenleistung an den Staat auf sich nahm, verpflegt und mit Kleidung und Masken versorgt.

In die Handlung des Stückes griff der Chor nicht unmittelbar ein, wie denn auch sein Platz auf der Bühne nicht bei den Schauspielern war, sondern etwas unterhalb der Spielfläche, in der sogenannten Orchestra. Aber der Chor begleitete die Handlungen und die Schicksale der Personen des Dramas mit lebendiger Teilnahme. Er schloß sich ihnen während und zwischen den Szenen mit Betrachtungen moralischen und religiösen Inhalts an. Er brachte die öffentliche Meinung, die Volksstimme zum Ausdruck, er beklagte die tragischen Ereignisse, er klagte an, er deutete den Willen der Götter, er erklärte den Sinn des Dramas.

Aus den dionysischen Festgesängen, besonders bei der volkstümlichen Feier der Weinlese, ist auch die Komödie hervorgegangen, die in der griechischen Zeit gleichfalls einen Chor enthielt. Hier stand dieser aber nur in losem Zusammenhang mit der Handlung des Stückes und griff nur mit kleinen Gesängen in die Handlung ein, wobei er sich an das Publikum wandte.

Polnische Staatsklassenlotterie

5. Klasse — 13. Ziehung.

5000 zl. gewannen Nr. 30095 117725.

3000 zl. gewannen Nr. 8441 23134 67643 146532.

2000 zl. gewannen Nr. 5320 9577 21274 21559 39430 78755 84001 90365 93040 96490 102610 121995 122272 132950 148961.

1000 zl. gewannen Nr. 5528 6959 18936 25130 26012 26272 28704 30630 31964 37867 41614 46918 47223 52601 52737 70350 78178 81453 84063 84464 86956 98576 101344 102049 108597 111444 118207 119798 123284 128009 137398 139809 140999 141671 142685 145064.

500 zl. gewannen Nr. 504 584 1979 2530 2719 4092 4643 5027 5270 5599 5735 7564 7746 10444 10704 11610 11949 11997 12469 13274 14439 14793 15061 16603 16726 17655 17132 18231 19165 19668 20072 20860 22263 23646 25987 27236 28568 28591 28764 29240 29322 29914 30348 31140 31328 32385 33369 33400 36002 37269 40556 41356 42189 42290 42841 44551 45610 46189 46656 47633 48122 48753 48818 49258 51316 51613 53586 54348 55134 55136 55257 57224 57823 58698 59058 59007 59173 59442.

Deutsche Sozialistische Arbeitspartei in Polen

An die Ortsvereine der D. S. A. P. des oberschlesischen Bezirks.

Werte Genossen! Werte Genossinnen!

Gemäß dem Organisationsstatut beruft der Bezirksvorstand für Sonntag, den 24. April, vormittags 9,30 Uhr, nach Königshütte ins Volkshaus, die diesjährige

Bezirks-Konferenz

mit folgender Tagesordnung ein:

1. **Eröffnung, Konstituierung und Wahl der Mandatsprüfungskommission.**
2. **Geschäftsberichte: a) der Parteileitung, b) des Kassierers.**
3. **Diskussion zu beiden Punkten.**
4. **Wahl des Bezirksvorstandes.**
5. **Wohin steuert der politische Kurs? (Kapitalismus, Kommunismus oder Sozialismus). Referent: Sejmabgeordneter Genosse Kowoll.**
6. **Diskussion zum Referat.**
7. **Anträge und Verschiedenes.**

Anträge zur Konferenz, sind bis spätestens 15. April der Parteileitung schriftlich zuzustellen.

Die Beschickung der Konferenz erfolgt nach den von der Parteileitung im Rundschreiben gegebenen Richtlinien.

Sorgt für vollzähliges Erscheinen aller Delegierten!

Mit sozialistischem Gruß
Für die Parteileitung:
J. A. Johann Kowoll.

Rundfunk

Kattowitz — Welle 408,7

Sonnabend. 12,10: Schallplatten. 18: Auferstehungsfeier. 20,15: Abendkonzert. 22,10: Sonate in h-moll.

Warschau — Welle 1411,8

Sonnabend. 12,10: Schallplatten. 15,20: Vorträge. 18: Auferstehungsfeier. 20,15: Abendkonzert. 22,50: Abendnachrichten.

Gleiwitz Welle 252. Breslau Welle 325.

Gleichbleibendes Wochenprogramm.
Erster landwirtschaftlicher Preisbericht, Börse, Presse. 6,30: Funkgymnastik. 6,45—8,30: Schallplattenkonzert. 11,15: Zeit, Wetter, Wasserstand, Presse. 11,35: Erstes Schallplattenkonzert. 12,35: Wetter. 12,55: Zeitzeichen. 13,10: Zweites Schallplattenkonzert. 13,35: Zeit, Wetter, Börse, Presse. 13,50: Fortsetzung des zweiten Schallplattenkonzerts. 14,45: Werbedienst mit Schallplatten. 15,10: Erster landwirtschaftlicher Preisbericht, Börse Presse.

Sonnabend. 15,30: Die Filme der Woche. 16: Der forschende Goethe. 16,30: Sternkunde. 16,45: Konzert. 18: Die Beamtenlaufbahn in der Krise. 18,25: Die Zusammenfassung. 18,50: Probleme der Weltpolitik. 19,05: Wetter; anschl.: Abendmusik. 20,15: Goethe-Ouvertüren. 22,10: Abendnachrichten. 22,40: Schallplatten. 23: 2. Sinfonie c-moll.

Schriftleitung: Johann Kowoll; für den gesamten Inhalt und Inserate verantwortlich: Theodor Raiwa, Mała Dąbrówka. Verlag und Druck „VITA", nakład drukarski, Sp. z ogr. odp., Katowice, ul. Kościuszki 29.

Versammlungskalender

Freie Sänger.

Kattowitz. Genannter Verein veranstaltet am 28. März, 2. Osterfeiertag, im Saale des „Christlichen Hospiz", sein traditionelles Ostersingen, in Form eines Liederabends. Diese Konzerte erfreuen sich wegen ihrer Gediegenheit seit jeher eines guten Rufes. Auch dieses Mal ist zu erwarten, daß der, inzwischen auf über 100 Personen angewachsene Chor, den Anforderungen seines äußerst befähigten Dirigenten, Herrn Georg Steinitz, genügt. Das Programm wird in einer der nächsten Notizen noch besprochen. Der Eintrittspreis beträgt 1 Zloty. Wir bitten, sich rechtzeitig mit Karten versorgen zu wollen, da der Saal bei den letzten Veranstaltungen bei weitem nicht ausreichte.

Freier Schach-Bund.

1. Internationales Arbeiter-Schach-Turnier in Beuthen, Deutsch-Oberschlesien (Volkshaus), Ostern, den 27. und 28. März 1932.

Hauptkämpfe.

27. März, vormittags 8,30 Uhr, 1. Runde:
Oesterreich — Mittel- und Nieder-Schlesien.
Deutsch-Oberschlesien — Polnisch-Oberschlesien.

Nachmittags 15 Uhr, 2. Runde:
Oesterreich — Deutsch-Oberschlesien.
Mittel-, Nieder-Schlesien — Polnisch-Oberschlesien.

Zu gleicher Zeit findet am Nachmittag, den 27. März ein Gruppen- und Neben-Turnier statt.

28. März, vormittags 8,30 Uhr, 3. Runde:
Oesterreich — Polnisch-Oberschlesien.
Nieder-, Mittel-Schlesien — Deutsch-Oberschlesien.

Nachmittag, den 28. März, findet um 2 Uhr ein Massen-Wettkampf Deutsch-Oberschlesien — Polnisch-Oberschlesien statt. Dieser soll auf 60 Brettern ausgetragen werden, zu welchem alle Arbeiter-Schachler aus unserer Wojewodschaft eingeladen sind. Als Preise dieser Kämpfe sind Schachuhren und verschiedene Literatur vorgesehen.

Schachfreunde, welche an diesem Turnier teilnehmen wollen, können bis Donnerstag, den 24. März, sich bei den einzelnen Ortsgruppen melden.

Die Repräsentative von Polnisch-Oberschlesien nimmt an den Kämpfen in folgender Aufstellung teil: 1. Klima, 2. Piskarz, 3. Kloß, 4. Paprotny, 5. Kempa, 6. Wegehaupt, 7. Smieschek, 8. Lutz, 9. Gawlik, 10. Wit.

Die Schachfreunde müssen am 28. März, um 8 Uhr vormittags im Volkshaus Beuthen, pünktlich zur Stelle sein.

Frei Schach! Schymik J.

Wochenplan der D. S. J. P. Katowice.

Freitag: Theaterprobe.
Sonntag: Heimabend.

Wochenprogramm der D. S. J. P. Königshütte.

Freitag, den 25. März: Turnen.
Sonnabend, den 26. März: Ernster Abend.

D. S. J. P. Myslowitz.

Dienstag, den 29. März: Musikprobe.

Donnerstag, den 31. März: Gesellschaftsspiele und Vorstandssitzung.

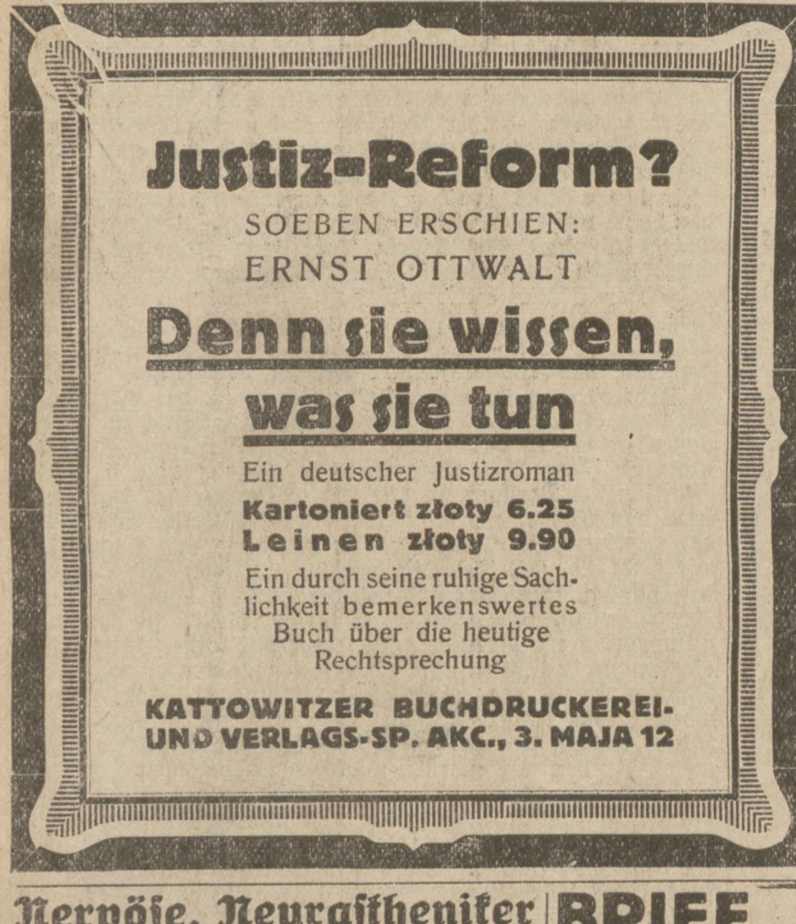
Die Zusammenkünfte fangen pünktlich um 6,30 Uhr abends an.

Kattowitz. (Freie Turner.) Am Sonnabend, den 26. März 1932, abends 8 Uhr, findet unser Mannschaftsabend statt. Handballfreunde sind willkommen.

Königshütte. (Freie Radfahrer.) Die Uebungsstunden finden im Volkshaus Krol.-Huta an folgenden Tagen statt: Donnerstag, den 31. März, von 6 bis 8 Uhr abends. Wir bitten um eine recht rege Beteiligung.

Schwientochlowitz. (Maschinisten und Heizer.) Am Freitag, den 25. März, abends 5½ Uhr, Mitgliederversammlung bei Flegel.

Bismarckhütte. (Esperanto.) Am 29. d. Mts, wird wieder mit einem neuen Anfängerkursus begonnen. Interessenten, die an einem Kursus, zur Erlernung von Esperanto, teilnehmen wollen, werden ersucht, am 22. d. Mts. im Lokal des Herrn Brzezina, zwecks Aufnahme, zu erscheinen.



15% Osterrabatt
erhalten Sie
bei Hugo Budil
Glas-, Porzellan-, Bilderlager
Biala, 11. Listopada 30.

PHOTOALBEN



VON DER EINFACHSTEN BIS ZUR ELEGANTESTEN AUSFÜHRUNG
KATTOWITZER BUCHDRUCKEREI UND VERLAGS-SPÓŁKA AKCYJNA



Zeitungshalter
FÜR CAFES, HOTELS UND RESTAURATIONEN
in verschiedenen Größen am Lager
KATTOWITZER BUCHDRUCKEREI UND VERLAGS-SPÓŁKA AKCYJNA

ETIKETTEN



VITA NAKŁAD DRUKARSKI
KATOWICE, KOŚCIUSZKI 29 - TELEFON 2097

Nervöse, Neurastheniker
die an Reizbarkeit, Willensschwäche Energielosigkeit, trüber Stimmung Lebensüberdruß, Schlaflosigkeit, Kopfschmerzen, Angst- u. Zwangszuständen, Hypochondrie, nervösen Herz- und Magenbeschwerden leiden, erhalten kostenfreie Broschüre von
Dr. Gebhard & Co Danzig.

BRIEF PAPIER
weiß und farbig in großer Auswahl
Kattowitzer Buchdruckerei und Verlags-Sp. Akc.